



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910**

68 (11.2.1910) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-140084](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-140084)

# General-Anzeiger



Abonnement:

70 Pfennig monatlich.  
Beleglohn 30 Pfg. monatlich,  
durch den Post bez. incl. Post-  
zuschlag M. 3.45 pro Quartal.  
Kriegs-Nummer 6 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Telegramm-Adresse:  
„General-Anzeiger  
Mannheim“.

Telefon-Nummern:  
Direktion, Buchhaltung 1448  
Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 341  
Redaktion . . . . . 377  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . 218

Inserate:

Die Colonie-Zeile . . . 25 Pfg.  
Kundwärtige Inserate . . . 30 „  
Die Reklam-Zeile . . . 1 Mark

Größte und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 68.

Freitag, 11. Februar 1910.

(Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfasst  
12 Seiten.

### Telegramme.

Eine Protestversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage

in Essen, 11. Febr. Im städtischen Saalbau fand gestern abend eine von der hiesigen demokratischen Vereinigung einberufene Volksversammlung statt, worin Protest erhoben werden sollte gegen die Wahlrechtsvorlage. Die über 2000 Personen zählende Versammlung bestand zum weitaus überwiegenden Teile aus Angehörigen der sozialdemokratischen Partei, der ja selbst der städtische Saalbau zur Versammlung nicht zur Verfügung steht. Inbes sah man auch zahlreiche Besucher aus bürgerlichen Kreisen, die auch nicht zu der demokratischen Vereinigung gehören. Unter den Rednern, die sämtlich scharfe Kritik an dem Regierungsentwurf übten, befand sich auch der sozialdemokratische Reichstagskandidat Gewehr, der darauf hinwies, daß einige im Ruhrrevier mit sozialdemokratischer Hilfe gewählte Zentrumsabgeordnete ihren Versprechen, mit allen Kräften für die Einführung der allgemeinen, gleichen und geheimen Wahl für Preußen einzutreten, nicht gehalten haben. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in welcher die Parteien des Abgeordnetenhauses aufgefordert werden, die Vorlage der Regierung abzulehnen und die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gefordert wird. Als zum Schluß der Versammlung von einem sozialdemokratischen Redner, dem Arbeitersekretär Amberg darauf hingewiesen wurde, daß die Versammlung gewissermaßen unter einem Besagerungsdruck stehe, da nicht nur vor und neben dem Saalbau, sondern auch nach der Stadt zu die königl. Polizei in Massen aufgeboten sei, da erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Der Redner forderte unter scharfen Angriffen auf das Verhalten der Polizei seine Parteigenossen auf, unter allen Umständen die Ruhe zu bewahren, was denn auch geschah.

Die Frage der Schiffsabgaben im niederösterreichischen Landtag.

\* Wien, 10. Febr. Im niederösterreichischen Landtage beantwortete der Statthalter die gestern eingebrachte Interpellation über die Einführung von Schiffsabgaben auf den deutschen Strömen. Die Antwort verweist auf die durch die internationalen Verträge verbrieft Abgabefreiheit der für die österreichische Industrie wichtigen Elbe. Die österreichische Regierung verkenne nicht, daß durch den Beschluß des deutschen Bundesrats wirtschaftliche und verkehrspolitische Lebensinteressen Oesterreichs gefährdet würden. Sie gebe sich aber dennoch dem festen Vertrauen hin, daß diese Interessen in den bestehenden Verträgen ausreichenden Schutz finden würden. Die Regierung werde sich gegenüber den Vorschlägen zur Abänderung des status quo grundsätzlich ablehnend verhalten.

Wien und Petersburg.

\* Wien, 10. Febr. Zur Frage der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Wien und Petersburg schreibt die „Politische Correspondenz“: Bei dem vertraulichen Charakter der zu diesem Zwecke eingeleiteten Besprechungen, die einen normalen Verlauf nehmen und sich beschränkend zu entwickeln scheinen, können Nachrichten, die bereits in dem gegenwärtigen Zeitpunkte über Einzelheiten dieser Mission verbreitet werden, keinen Anspruch auf Authentizität erheben. Es kann um so mehr empfohlen werden, den Ergebnissen der schwebenden diplomatischen Verhandlungen gebuldig entgegenzusehen, als zu erwarten ist, daß die Oeffentlichkeit in dem Augenblicke, wo dieser Meinungsaustrausch zum Abschluß gekommen sein wird, durch völlig beglaubigte Mitteilungen ausreichende Aufklärung erhalten wird.

Eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem König von England.

London, 11. Febr. (Von unserem Londoner Bureau.) Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ in Helsingfors erklärt Grund zu der Annahme zu haben, daß in diesem Jahre eine Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem König von England stattfinden werde. Die allgemeinen Arrangements seien noch nicht getroffen, doch werde die Begegnung wahrscheinlich in dem finnischen Meere stattfinden.

Die Lage auf dem Balkan.

London, 11. Febr. (Von unserem Londoner Bureau.) „Daily Telegr.“ bespricht heute die Lage auf dem Balkan und führt aus, daß wenn auch die Berichte aus Athen neuerdings die Lage auf dem Balkan als ungefährlich bezeichnen, doch eine

gewisse Gefahr darin bestehe, daß die Türkei entschlossen sei, zur Klärung der Situation von den Mächten sofort eine bestimmte Forderung über den internationalen Status der Insel zu verlangen. Dieser Status der Insel müsse festgesetzt werden, wie ihn die Mächte vor 12 Jahren stipuliert haben. Der Petersburger Korrespondent desselben Blattes meldet, daß die Pforte bereit sei, der Insel die Autonomie zu geben ohne Rücksicht auf die Religion, sie verlangt aber, daß Kreta vorher dem rechtmäßigen Souverän zurückgegeben werde.

Die Schwierigkeiten des Kabinetts Asquith.

London, 11. Febr. (Von unserem Londoner Bureau.) In einem endgiltigen Ergebnis scheint man in dem gestrigen Ministerrat nicht gekommen zu sein, da eine Fortsetzung desselben für heute morgen anberaumt wurde. Es heißt, daß der Ministerpräsident vorläufig nicht nach Brighton zum König reisen werde, was gleichfalls bedeutet, daß kein Resultat erzielt wurde. Selbstverständlich ist es aber ganz gut möglich, daß sich Minister Asquith noch heute morgen zu einer Audienz beim König begeben wird, wenn es in dem heutigen Ministerrat zu einer Einigung kommt. Ob es richtig ist, daß wie die konservativen Blätter behaupten, es zu einer völligen Spaltung im Kabinet Asquith gekommen ist, sei dahingestellt. Daß im Ministerium Uneinigkeit herrscht, glaubt man übrigens aus folgenden Beobachtungen erkennen zu können: Nach dem gestrigen Ministerrat begaben sich die als gemäßigt bekannten Mitglieder der Regierung zu Sir Edward Grey in das auswärtige Amt, um sich mit ihm zu besprechen, während die als heftig bekannte Minister, natürlich auch Winston Churchill zu Grey in dessen Wohnung fuhren. Mister Hebdorn, der Führer der irischen Nationalisten hielt gestern in Dublin eine Rede, die heute von einem Teil der Presse mit Recht als ein Ultimatum an die Regierung bezeichnet wird. Er sagte, daß die Betbilligung der Vorlage angenommen werden müsse und daß die irische Partei sich auf keinen Fall darauf einlassen werden, zuerst das Budget zu erledigen. Die Regierung müsse andernfalls mit der schärfsten Opposition seitens der Iren rechnen. Bemerkenswert ist es, daß auch einzelne konservative Blätter auf demselben Standpunkt stehen. Andere konservative Blätter betonen dagegen immer wieder, daß erst das Budget erledigt werden müsse, da die Finanzen des Landes sonst in ein vollständiges Chaos geraten.

### Herr von Bethmann-Hollweg und die Demokratie.

Aus dem ausführlichen und anschaulichen Bericht unseres gestrigen Abendblattes wissen die Leser, daß gestern im preussischen Abgeordnetenhaus nicht nur Herr von Bethmann-Hollweg eine große Rede gehalten, voll der Gedanken, die wider den Strom der Demokratie schwimmen, sondern daß noch vor ihm seine extremsten Weltanschauungs-Antipoden, die Sozialdemokraten, eine der leider bei diesen Kulturträgern noch immer üblichen Dummejungenstreiche begangen haben — just als wollten sie dem preussischen Ministerpräsidenten einen schlagenden Beweis liefern für seinen verächtlichen Aporismus, daß die Demokratisierung des Parlamentarismus beigeiragen hat, die politischen Sitten zu verrotten. Wir können diese bedauerliche Entgleisung der preussischen Sozialdemokratie nicht gut übergehen, die auch von den süddeutschen „Genossen“ sicher aufs schärfste mißbilligt wird (oder nicht?), aber es genügt wohl, sie mit einem kurzen Wort zu streifen und zu verzeichnen als einen Verstoß gegen die guten Sitten, auf die unsere deutsche Parlamente trotz Herrn von Bethmann-Hollweg sehr halten, und weiter als eine hahnbüchene politische Dummheit, mit der in der realen politischen Welt garnichts im Sinne der Demokratie erreicht wird, weit eher im Sinne der Reaktionäre und der Gegner der Demokratie. Ein Freikonservativer rief während des Stadaus den Sozialdemokraten zu: Und den Leuten soll man das allgemeine gleiche Wahlrecht geben? In der Tat, der zweifelhafte Standaus der Genossen wird nur den Scharfmachern und den Gegnern jeglicher Erweiterung der Volkrechte Wasser auf die Mühle liefern, Herr v. Bethmann-Hollweg hat aber diesen Emanationen der extremen Demokratie nur ein geringfügiges Lächeln gezeigt, der Betrüger der Demokratie wird sie nicht mehr lieben gelernt haben u. wird sich nun wohl erst recht mühen, seine Feindseligkeit gegen die Demokratie dem preussischen Beamtenum einzumischen. Auch eine Politik, aber eine schlechte!

Und nun zu Herrn von Bethmann-Hollweg selbst und seiner Rede wider den aufregerischen Geist der Zeit. Denn das ist doch wohl die Dummesens seiner Worte, die der staatswissenschaftlichen Theorie vielleicht noch einige Zeit Stoff zu nachdenklichen Betrachtungen geben, von dem Strom der politischen Praxis und der demokratischen und sozialen Forderungen der Gegenwart aber bald ver-

schlungen sein werden, wie höchstwahrscheinlich ihr Sprecher selbst; viele solche Reden wird der Reichskanzler und Ministerpräsident dem Volke und seinen Vertretern schwerlich bieten können, es müßte denn sein, sie erlebten plötzlich das große Gesetz der Wandlung und schmiegen sich unter den erleuchteten Absolutismus des Philosophen auf Bismarcks Pflanz.

Seine Verteidigung der preussischen Wahlrechtsvorlage kann man ja kurz abtun. Es ist hier schon gestern gesagt worden, daß die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schon genau dasselbe zu ihrer Rechtfertigung behauptet hat, und was sie kinderte, ist von der Presse aller Parteien fast so gründlich zerpfückt worden, daß es auch Herrn von Bethmanns Dialektik nicht gelungen ist, sie wieder zu einem organischen, brauchbaren Ganzen zusammenzufügen und den Parteien angenehm zu machen. Diese letzteren hat er ja, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, nachsinander umworben und umschmeichelt, aber er hat nicht viel Segensliebe gefunden, obgleich er als Diplomat kam und als angeblich geschickter Unterhändler, der jeder Partei vorredete, daß sie bei dem Geschäft eigentlich nur zu verlieren und zu gewinnen nur die Sozialdemokratie hätte. Er wird heute aus der Presse der verschiedenen Parteien ersehen, daß seine Rede zugunsten der Wahlrechtsvorlage weder die Rechte noch die Linke befriedigt hat, und diese Stimmen der Presse sind doch eine reale Macht, auch wenn Herr von Bethmann-Hollweg sie ebenso gering schätzt wie das Parlament. Er wird weiter zwischen zwei Stühlen sitzen, weder der Mann der Rechten, noch der Mann der Linken, ein Einfamer, aber kein Führer. Man hat den Eindruck, was etwa aus der Wahlrechtsvorlage wird, das wird unter den Parteien ausgehandelt werden, das Ergebnis der im Parlament sich messenden Kräfte sein.

Der Rede Schwergewicht liegt unseres Erachtens in dem umfassenden Vorstoß des Ministerpräsidenten gegen die Demokratie, nicht als Parteibegriff gefaßt, sondern als eine große soziale und geistige Bewegung unserer Zeit, die beurteilt werden mag, aber vorhanden ist. Gegen sie streitet Herr von Bethmann-Hollweg, ehrlich und mutig, das muß man ihm zugestehen, und als ein Mann von so tiefem preussischen Staatsgefühl, daß man an Bismarcksche Weltanschauung gemahnt wird, wenn Herr v. Bethmann-Hollweg ausruft, wir wollen unsere preussische Eigenart nicht verflümmern lassen. Und verflümmert wird sie ihm durch das Eindringen der Demokratie in Preußen und diese wiederum bringt ein durch eine liberale Reform des preussischen Wahlrechts. Preußens Eigenart aber ist der Grundpfeiler des Reichsgründung und der Grundpfeiler des heutigen Deutschen Reiches. Das ist ein geschlossenes System, das Achtung verdient, auch wenn wir logisch sagen müssen, seine Zeit ist dahin. Die Eigenart Preußens, die Herr von Bethmann-Hollweg meint, und die ganz ohne Frage noch vor einer Generation politische und geistliche Erobtaten vollführt hat, sie hat für die heutige Zeit ihre Bedeutung verloren. Die Welt ist jünger geworden, umgewandelt durch die Demokratie, deren Seele das Parlament ist und deren Geist die Presse, und wenn Preußen die Fenster schließt vor diesem demokratischen Geiste und sein Ministerpräsident Parlament und Presse mit einer ebenso unklugen wie ungerechten Verachtung behandelt, dann wird Preußen in seiner vergangenen Eigenart erstorren und nicht die Rolle im heutigen Deutschland spielen können, die Herr von Bethmann-Hollweg ihm zuschreiben will. Herr von Bethmann ist kein gewöhnlicher Reaktionäre im Sinne der ostelbischen Junker, die nur auf ihre Klassenvorteile bedacht sind, er ist Reaktionär im Sinne eines veralteten preussischen Staatsgedenkens, den er konservieren und vor der Demokratie retten will, angeblich, um der Größe Preußens und Deutschlands willen. Aber Preußen wird nur lebendig bleiben und in Deutschland Großes wirken können, wenn es sich mit allen lebendigen Kräften der Zeit verbindet, das war früher sein Ruhm, seine Größe und der Grund seiner Macht gewesen, heute aber sind die lebendigen Kräfte in der Demokratie, wenn wir diese richtig fassen, nicht wie Bethmann-Hollweg als einen mühen und verflümmerten Massenhang zum Gleichmachen und Revollieren aller Kräfte, sondern als die heute einzig mögliche politische Form, allem berechtigten sozialen und kulturellen Freiheitsdrange der Individuen und der Klassen den Weg ins Freie zu verschaffen.

Herr von Bethmann-Hollweg versteht das Wesen der Demokratie nicht, seine geistige Rede zeigt, daß er in Staatsanschauungen, in sozialen Vorstellungen lebt, von denen er nie den Weg zu ihr finden wird. Daher kann er auch nie der Führer des heutigen Preußen, der im heutigen Preußen lebendigen und noch oben drängenden Kräfte sein. Kein ministerpräsidentlicher Kanstrahl wird das Parlament abschaffen, und die Presse wird ebenso weiter blühen und im Sinne der Demokratie wirken, auch wenn ein preussischer Ministerpräsident sie noch so sehr verachtet. Die Entwicklung geht weiter, über Herrn von Bethmann-Hollweg hinweg und das, was er als Preußens Eigenart konservieren und den kommenden Geschlechtern überliefern will.

Die Stunde gehört der Demokratie und ein kluger, weitblickender Staatsmann wird sich an die Spitze der von ihr gebotenen Kräfte stellen, sie vorwärts treiben oder hemmen oder in andere Richtung bringen, je nachdem der Nutzen des Staatsganzen es erfordert, so wie Bismarck es mochte, wenn er die berühmten „Imponderabilien“ in seine Rechnung zog oder auf den „hallenden Schritt Gottes durch die Weltgeschichte“ lautete.

Herr von Bethmann stimmt sich, mit Mut und Ueberzeugungstreue gewiß, aber ohne staatsmännischen Geist den unwegbaren und doch so realen Kräften der Demokratie entgegen, statt sie in das richtige Bett mit Entschlußkraft und Weißblick zu lenken. Aber das Rad rollt weiter und über ihn hin. Er kann die Reform des preussischen Wahlrechts hemmen und damit noch eine Weile Preussens Eigenart vor der Demokratie bewahren. Ins Leben überführen kann er sein Staatsideal nicht mehr. Er mag noch Jahre als Reichskanzler und Ministerpräsident weiter walten, der Staatsmann hat sich gestern seine eigene Grabrede gehalten und in der Geschichte Preussens wird er nicht als Rad, sondern als Hemmschuh am Rade weiterleben. G.

**Vom badischen Landtag.**

J.W. Karlsruhe, 10. Febr.

Nach der viertägigen Ruhepause wurden heute die Etatsberatungen mit frischem Eifer wieder aufgenommen. Zur Beratung standen die Einnahmen und Ausgaben des Titels: Höhere Schulen. Herr Abg. König, an dem die national-liberale Fraktion eine große Arbeitskraft gewonnen hat, erstattete den Bericht der Budgetkommission. Er wies vor allem darauf hin, daß keine Opfer gescheut werden dürfen, einen tüchtigen Lehrerstand heranzubilden und möchte in bedeutenden Worten auf die große Zahl der nicht etatsmäßig besetzten Lehrerstellen gegenüber der etatsmäßigen aufmerksam. Dieser Uebelstand müsse schleunigst beseitigt werden. Interessant waren seine Ausführungen über die humanistische Bildung, die er im Gegensatz zu manchen der folgenden Debattierenden bevorzugen wollte. Weiter trat er entschieden für die Uebernahme aller Schulen in staatliche Verwaltung ein. Die Schulen müßten als Staatsaufgabe betrachtet werden und nicht als Sache der Gemeinden. Doch eine baldige Erfüllung dieses Wunsches wird wohl kaum in Aussicht stehen, wenn man die ungünstige Finanzlage des Landes betrachtet. Warme Worte fand Herr König in der Frage des Mädchenschulwesens. Das Gebiet der Frau sei so universell, daß die Mädchenschulbildung weitgehend gefördert werden müsse. Auf seine diesbezügliche Anfrage teilt der Herr Staatsminister mit, daß bei dem gleichzeitigen Unterricht von Knaben und Mädchen gute Erfolge erzielt worden sind. Lebhaft trat der Berichterstatter für die Durchführung des Prinzips der konfessionell gemischten Volksschule und der Lehrereminare ein. Es ist erfreulich, daß die national-liberale Fraktion für diese Frage diesmal geschlossen und einmütig eintreten wird. Die Regierung hatte bislang ihre Zustimmung zur Simultanerziehung grundsätzlich gegeben. In der Volksschule ist dieses Prinzip auch im allgemeinen durchgeführt worden, nicht aber in den Lehrereminaren. Die Fraktionen des Großblocks brachten darauf in der heutigen Sitzung einen Antrag ein, worin die Regierung ersucht wurde, die Simultanisierung der Lehrereminare praktisch zur Durchführung zu bringen. Dieser Antrag wurde von dem Abg. Frank begründet. Er wies darauf hin, daß der jetzige Zustand eine Halbheit darstelle und abgeändert werden müsse. Der Staatsminister behielt sich im allgemeinen eine Stellungnahme zu dem Antrag vor, versuchte aber doch schon, die Sache so hinzustellen, als ob auch bezüglich der Seminare keine konfessionelle Trennung stattfinden. Er wies darauf hin, daß z. B. in der Anstalt zu Weersburg auch ein evangelischer Lehrer vorhanden ist. Im Uebrigen war er der Meinung, daß mit dem Antrage nur bezweckt sei, die Lehrer von der Religionsunterteilung zu befreien. Dem könne die Regierung nicht zustimmen. Diese Absicht des Antrages bestritt der Abg. Hummel ganz entschieden.

Die Fragen, ob humanistische, ob Realschulbildung, ob gemeinschaftlicher Unterricht von Knaben und Mädchen erstrebt werden soll oder nicht, riefen eine lebhaftige Aussprache hervor.

Abg. Dr. Frank brachte dann noch den Hail Nodel zur Sprache, was den Herrn Staatsminister zu einer energischen Verteidigung der Stellung des Oberlehrers veranlaßte. Große Heiterkeit weckten zum Schluß noch die Wünsche des konterpartischen Abg. Bonhoff, der mit seltener Weisheit

heit die Errichtung der verschiedensten Schulanstalten in Mosbach von der Regierung verlangte. Doch er nicht noch die Errichtung einer Universität dort verlangte, überaus allgemein. Sicher ist anzuerkennen, daß Herr Bonhoff die Lokalinteressen Mosbachs als Hauptaufgabe seiner parlamentarischen Wirksamkeit aufstellte.

Die Debatte wurde um 7 Uhr abends abgebrochen und auf Freitag nachmittag 3/4 Uhr vertagt.

**Badischer Landtag.**

W. Karlsruhe, 10. Februar.

2. Kammer. — 32. Sitzung.

Der Präsident eröffnete kurz nach 3 1/2 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch sind anwesend: Staatsminister Frhr. v. Dargl und mehrere Regierungskommissäre.

Auf der Tagesordnung steht: Bericht der Budgetkommission und Beratung über das Budget Gr. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1910 und 1911. Ausgabe Titel X, Einnahme Titel III § 1 Unterricht, II Höhere Schulen. Berichterstatter: Abg. König.

Sekretär Abg. Odenwald gibt dem Hause die neuen Eingänge bekannt: Petitionen: 1. des Badischen Vereins für Frauenstimmrecht, das Gemeinbewahrecht betr., 2. des Südbahnkomitees wegen Erstellung einer Staatsbahn von Kappelbach durch die Gört mit Anschluß an die Schweizerischen Bundesbahnen, 3. der Beamten der Kreisrevision bei der Gr. Zoll- und Steuerdirektion um Einreihung in die ihrer Dienstjahre entsprechende Gehaltsklasse, 4. der technischen Assistenten und Hochbauassistenten der Eisenbahnverwaltung um Ausgleich der beim Vollzug des Beamtengesetzes unterlassenen Härten, 5. der Vereinigung der Hoch- und Tiefbauingenieure der Gr. bad. Staatseisenbahnen um weitere etatsmäßige Amtsstellen und Verbesserung der Einkommensverhältnisse, 6. des Kreisoffiziers Georg Singler bei der Gr. Gr. Fort- und Domänenverwaltung um Einreihung unter J 3b des Gehaltsstufens, 7. des Schulmanns a. D. N. Wölger in Freiburg um Verwendung als Amtsdienier, 8. Nachtrag zur Petition des Ludwig Babst in Wiesloch um Entschädigung; 9. Schreiben Sr. Erzellenz des Herrn Ministers des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten des Jubels, daß er bereit sei, die Invektion der Abg. Maier und Genossen in betreff der Pläne in der Waggonfabrik auch in Kirchheim zu beantworten; 10. Schreiben Gr. Ministeriums des Gr. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten mit der Nachweisung über den Fortgang des Eisenbahnbauens in den Jahren 1908 und 1909 und den hierfür aus Mitteln der Eisenbahnhaltungsabteilung bestrittenen Aufwand.

Die Petitionen werden den entsprechenden Kommissionen überwiesen. 9. dem zur Kenntnisnahme, 10. geht an die Budgetkommission.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. König (ausl.)

erstattet den Bericht der Budgetkommission. Diese beantragt, für das Budgetjahr 1910 und 1911 zu genehmigen: In Ausgabe: A. ordentlicher Etat, jeweils pro 1910 und 1911, also für je ein Jahr a) Oberlehrer 244 200 M., b) Kreisoberlehrer 164 100 M., c) Gymnasien 1 056 300 M., d) Lehrerbildungsanstalten 734 400 M., e) Mädchen- und Taubstummenanstalt 23 700 M., f) Realschulen 1 146 100 M., g) Höhere Mädchenschulen 132 700 M., h) Frauenarbeits- und Haushaltungsschulen 38 600 M., I) für besondere Unterrichtszwecke 3 500 M., zusammen 3 734 500 M. B. außerordentlicher Etat, für beide Jahre zusammen: 549 100 M. In Einnahmen: ordentlicher Etat, jeweils pro 1910 und 1911, also für je ein Jahr 10 150 M.

Der Redner führt aus: Es ist in jedem Bandtage beantragt, den Oberlehrer aufzugeben und ein Ministerium für Unterricht zu errichten. Dagegen hat sich die Regierung abweisend verhalten. Nach meiner Ansicht mit Recht, wir haben gerade Ministerien genug. Ueber einen weiteren Antrag auf Errichtung einer besonderen Abteilung läßt sich reden. Jetzt hat die Regierung einen Schlußsatz an die Spitze gesetzt. Redner geht dann auf die Schulen ein. Jedes System erfordert tüchtige Lehrer. Darum müßten wir keine Opfer scheuen, einen tüchtigen Lehrerstand zu haben. Es müßte angestrebt werden, daß die etatsmäßigen Lehrstellen vermehrt werden und die Zahl der Ausschüßstellen möglichst verringert wird. Der augenblickliche Stand ist ungünstig, er weicht sich den Ausschüßstellen zu. Das Streben der Zeit geht nach Realschulen. Die humanistische Ausbildung wird als unpraktisch empfunden. Das ist nicht ganz richtig. Ein praktischer Reife wird auch auf dem Gymnasium praktisch werden. Redner teilt für eine humanistische Bildung ein. Die Geistesbildung durch seine Kraft sein. Die humanistische Bildung möchte Redner nicht missen. Eine Schule dürfe aber auch nicht nur der Erziehung des Geistes dienen, sondern es müßten auch tüchtige Staatsbürger herangebildet werden. Redner kritisiert die Regierung seine Anerkennung aus und hofft, daß sie die bisherige Politik im Schulwesen weiter wandeln werde. Bei den Gymnasien fände sich im Etat eine Steigerung der Ausgaben. Das habe als Ursache, daß u. a. die Gemeindefei-

träge aufgehoben werden sind. Es sei nur eine Frage der Zeit, daß die Städte auch nicht mehr die Schulämter zu stellen brauchen. Die Regierung müsse die Gymnasien ganz in ihre Verwaltung nehmen. Die Schulen haben sich zu Anstalten ausgewachsen, die nicht nur den Städten dienen, sondern auch dem Lande, welches die Schulen stark frequentiert. So sei es auch mit den Realschulen. Man müsse die Schulen als Staatsaufgabe betrachten und nicht als Sache der Gemeinden. Eben habe dem nach die Finanzfrage entgegen, aber die Regierung müsse nach Wegen suchen. Besonders müsse die Regierung die Mittelschulen unterstützen, da diese zur Bildung von vielen Talenten dienen. Redner geht dann auf die Frage über den Besuch der Mädchen in den höheren Schulen ein. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß die Mädchen mehr und mehr zugelassen werden. Das Gebiet der Frau sei ein unversieles, daher müsse ihre Schulbildung weitgehend gefördert werden. Er ersuche die Regierung, sich darüber zu äußern, welche Erfahrungen sie praktisch mit dem gemeinsamen Unterricht von Knaben und Mädchen gemacht habe. Ebenfalls darüber, welche Erfahrungen mit der Einrichtung von Realschulen an den Mädchen-schulen gemacht worden sind. Eine Anstellung von Lehrkräften an höheren Mädchenschulen empfehle sich nicht, aus bestimmten Gründen. Redner geht dann über zu den Lehrereminaren. Hierfür sei gerade der beste Lehrkörper gut genug. Nur durch gutes Beispiel könnten gute Lehrer erzogen werden. Das Prinzip der konfessionell gemischten Volksschule und der Lehrereminare sei weiter durchzuführen und mehr und mehr zu fördern. Das habe die Budgetkommission beschlossen.

Abg. Hummel (Str.):

Die Bedeutung der Schule verlange, mehr und mehr vorwärts zu streben. Es ist Pflicht der Führer, das Tempo zu prüfen, ohne den Fortgang zu hemmen. Er spricht der Unterrichtsverwaltung das Anerkenntnis aus, daß sie bestrbt ist, die Schulen zu entwickeln. Aber er müsse eine kleine Einschränkung machen. Die Zahl der etatsmäßigen gegenüber den nichtetatsmäßigen stände wie 1:4. Das sei unangünstig. Mit dem Gehalts-tarif seien die akademisch gebildeten Lehrer zufrieden. Dem Bedürfnis nach höherer Bildung der Mädchen sei entsprochen worden, doch solle man nicht so weit gehen, die Zulassung der Mädchen an den Knabenschulen ohne weiteres zu gestatten. Es ist alles getan worden, was billigerweise zu verlangen ist. Die Frage der prinzipiellen Zulassung der Mädchen sei zu verneinen. Redner habe an der Schule, der er vorsteht, gefunden, daß, was die Teilung der Mädchen anbelangt, nichts einzumenden sei, aber andererseits behänden Bedenken. Die Nachteile überwiegen die Vorteile. Einen verbedelnden Einfluß der Mädchen auf die Knaben habe er in den unteren Klassen nicht gefunden. Die Klassenhygiene ist häufig gerade durch die Mädchen gefördert worden. Ungünstig sei auch die Schärfe der Rivalität zwischen den Geschlechtern. Der badische Philologenverein habe sich gegen die gemeinschaftliche Erziehung ausgesprochen. Redner wendet sich dann gegen die Errichtung des Schulgebäudes. Der Zugang zu den Mittelschulen sei sehr kurz, doch werde sich auch diese Frage nach den öffentlichen Bedürfnissen richten. Vor allem müssen die Anstaltsbestimmungen und die Prüfungen streng gehandhabt werden. Von geringen Leistungen im Staatsexamen dürfe man nicht Schlüsse auf die Vorbildung in den Schulen selbst ziehen. Dem lateinischen und griechischen Unterricht müßte die gebührende Stelle angewahrt bleiben. Den Spielnachmittagen stehe er nicht unsympathisch gegenüber, doch solle man auch hier Maß halten. Der naturkundliche Unterricht sollte mehr im Freien abgehalten werden, das sei wertvoll besonders für die Jugend der größeren Städte. Bei der Besetzung der Direktorenstellen müsse die Regierung darauf achten, daß der Altersunterschied gegenüber den Lehrern nicht allzu groß ist. Redner schlägt dann für die Lehrkräftepraktikanten den Titel Lehramtskandidat vor.

Präsident Kobler:

macht dann Mitteilung von einem eingegangenen Antrage, unterzeichnet von allen Mitgliedern des Großblocks, dahingehend, die Regierung zu ersuchen, die von ihr grundsätzlich anerkannte Simultanisierung bei allen Lehrereminaren praktisch zur Durchführung zu bringen. Abg. Dr. Frank werde den Antrag begründen.

Abg. Dr. Frank (Spr.):

führt aus, daß es nicht der Zufall sei, daß die Realschulen besonders in den Städten gefördert wurden. Es liege ein Bedürfnis vor. Heute mit humanistischer Bildung wüßten oft mit Jähren zurück an die Schulzeit zurück. Redner plädiert dann für die Realschulen. Die humanistische Bildung habe oft arg die körperliche Ausbildung vernachlässigt, gräbe nicht im Sinne der Griechen. Hinsichtlich der Spielplätze hoffe er, daß die Verhandlungen der Regierung mit den Städten zum Abschluß gelangten. Dem Abg. Hummel müsse er widersprechen, wenn er sage, daß seine guten Erfolge bei der gemeinsamen Erziehung erzielt worden sind. Das Leben trenne auch nicht. In moralischer Beziehung müsse in einem gewissen Alter gewiß eine strenge Schulaufsicht

in ihm bilden. Er hat den Versuch praktischer Kunstausbildung auch nie wieder aufgenommen. Aber wie hand er nun lobt, in seiner Keilerei, zur bildenden Kunst? Paulsen erzählt, daß Abien in München und in Rom, wo er mit ihm zusammen war, niemals die Galerien besuchte. Nicht die Alte Pinakothek, nicht den Vatikan, nicht die Galerie Borghese. Sein Tagesvergnügen in Rom beschränkte sich auf die Corio-Lara und den Besuch in seinem Stammsaale, wo er die Zeitungen las. Trauend war es ihm, hieraus zu folgern, daß das Interesse für die bildende Kunst u. ihre Erzeugnisse in Wien erloschen gewesen wäre, sondern der Zufall war, wie Paulsen anführt, der, daß der Dichter mit ihnen gleichsam abgeschlossen, daß er keine Stellung dazu genommen habe.

In früheren Jahren las er den Malton z. B. sehr eifrig. Dort sprach ihn der italienische Realismus der römischen Porträtmalerei sofort an, während er für die hohe Idealität der griechischen Werke nur nach und nach Verständnis gewonnen hat. Vor der Höhe des Antonius Apollon im Kapitol konnte er lange in Betrachtungen sich verlaufen haben, während sich in seinem Geiste der Entwurf von „Roter und Weißer“ bildete. Von den großen Helfern der Renaissance fand ihn Michelangelo am nächsten, mit dessen einfacher Grabmalerei er sich verwandt fühlte, während Raffael ihm gleichsam noch aus der Zeit „vor dem Sündenfall“ heranzukommen schien. Rembrandt war ihm, daß Abien für den damals noch recht unerschütten großen Harad-Bildhauer Bernini eine besondere Bewunderung empfand. In den Münchener, die den tiefen Eindruck auf ihn gemacht haben, läßt die hohe Verhalt der realistischen Linie im Vatikan, der Demokritus im Vatican und der praktische Raum im Vatican. Seine Lieblingsstätte in Rom, wohin er sich wußte, um in Einsamkeit zu träumen, waren die melancholisch-grotesken Caracalla-Thermen. In der Architektur ließ ihn bezauberndem fesseln die Antike als auch die Renaissance ganz fall, während die geistige Welt nicht mächtig Eindruck auf ihn machte. Er war ein großer Bewunderer des Maximilian von Meiland, und er hat vor ihm einmal gesagt: „Der Rom, der sich des Plinius zu einem solchen Werke unterwerfen konnte, dem hätte es auch befallen können, in seinen Ansehenden einen Mond zu machen und ihn in den Weltraum hinauszuschleudern.“

Ein neues Werk von Bellows, eine Fortsetzung zu seinem berühmten Bildnis des Papst Innocenz X., ist bei einer Ausstellung der Privatammlung der Abg. John J. Gardner in Remon Court vor kurzem zum ersten Mal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Zurückhaltung der Vorbildung an Bellows wird von Jodel Brod im Ciceroze besagt, da kein Werk einer solchen Natur-nähe und Kraft der Auffassung läßt sich erwarten wäre, wie diese Studie

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

**Opernvolle Auszeichnung.** Der weithin rühmlichst bekannten Pianistin Frau Hedwig Wazy-Kirsch in Namheln wurde vom Herzog Karl Eduard von Sachsen-Coburg-Gotha die Medaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

**Koncert Stern-Stose.** Am Donnerstag den 8. März, abends 8 Uhr veranstalteten Pauline Stern und Herr Paul Stose im Casino-Saal einen Lieber- und Klavier-Abend.

**Neues Operntheater.** Heute Freitag wird bei bedeutend ermäßigten Preisen die reizende Operette „Die geschiedene Frau“ von Leo Fall zur Darstellung gebracht. Das Interesse am neuen Opern-Theater nimmt seit dort wieder geordnete Verhältnisse Platz gegriffen haben ganz bedeutend zu und waren die letzten Vorstellungen fast ausverkauft. Morgen Samstag wird der „Jägerhorst“ von Johann Strauß zum ersten Male bei billigen Preisen aufgeführt. Sonntag nachmittag findet eine Volksoberstellung statt und zwar wird Willibrod's melodienreiche Operette „Der Hauptmann“ zur Darstellung gebracht. Die Preise bei dieser Vorstellung sind für Jagen und Orchesterlaut, 1 K. alle übrigen Plätze im Parterre 50 P., auf der Galerie 40 P. Die Proben für die große Operntheater „Der Graf von Luxemburg“ von Weber sind in vollem Gange.

**N. Feidelsberg, 9. Febr.** In einer sehr gut besuchten Versammlung der Pädagogischen Vereinigung des Unterlandes, sprach heute abend Herr Unterlehrer Dr. W. v. W. über das Thema „Peter Wolgast“, ein religiöser Dichter unserer Tage“. Mit außerordentlicher Lebhaftigkeit und Aufmerksamkeit ließ der Redner das Bild des Dichters, seine äußeren Lebensverhältnisse und seine innere Entwicklung die Ödres erleben. Er sagte, daß sich in Wolgast, dem katholischen Dichter, der ein Förderer des evangelischen Bundes wurde, die echte Religiosität verdrängt, vor welcher die Schranken der Konfessionen fallen. — Der Wanderer, der vom Dorf zum Dorf zum Dichter wurde, ist ein Repräsentant der modernen deutschen Dichtung, die in der Weltanschauung reiflich aufsteht und durch einen positiven Realismus charakterisiert wird. Wolgast's Poesie warzelt, wie die Anzenberger's und G. v. Meiner's ganz in der Heimat, wiegeln die Heimat wieder. Der positive Dichters des Volkscharakters, der mit wunderbarer Behaltenskraft Menschen von Heilig und Blau düstelt, hat aus dem Leben der Heimat geschöpft. Geländer Realismus paart sich mit dem höchsten Idealismus; was Wolgast's Worten ihren hohen

bleibenden Wert verleiht, das ist nicht nur die passende realistische Schilderung der gewaltigen Alpenwelt, nicht nur die Treue und Schärfe der Charakterisierung, sondern die durch und durch seltsame Weltanschauung, die in dieser Religiosität, in unerklärlichem Unwillkürlichem ihren letzten Grund hat. — Der Redner entwickelte Wolgast's Auffassung von Welt und Mensch, unter Betonung eines sehr interessanten, namentlich aus dreien seiner Werke: „Schriften des Waldschmelzers“, „Jahrbuch der Liebe“ und „Das ewige Licht“.

**Wäse kontra Pöbel.** Aus Mainz, 9. Februar, meldet der „Frankl. Gen.-Anz.“: Als geistreiche Schriftsteller spielt sich heute vor dem Forum des Mainzer Vaterlands ein interessantes Preisgespräch ab. Das Präliminar der Sache ist kurz folgendes: Das Mitglied des Mainzer Stadtrates, der Nationalist Vacuna, meldete sich des Lesers in indisponiert. Einmal, als er wieder abfragen ließ, da seine Stimme zu sehr belegt sei, hat ihn der Direktor dringend, trotz seiner Unfähigkeit die Stelle zu übernehmen. An jenem Abend war nämlich Frau Frieda Argelstein als Gast anwesend. Sie sollte die Gönnerin der Margarete, und Herr Vacuna den Meschko singen. Der letztere hat dies denn auch mit Überfließen, sang natürlich dementsprechend und machte, mitten in der Vorkellung durch einen anderen abgelöst werden. Darüber geriet der Decanatsrat des „Mainzer Tagblattes“, Herr Würzburger, in einige Erregung. Er ließ seinem Kammert in seiner Kritik die Fägel schwingen; er schrieb u. a.: Herr Vacuna sei eigentlich immer indisponiert und er bezweifle nicht, wie man einen herrlichen Herrn noch länger lassen könne usw. Herr Vacuna beauptet nun, er habe ein höchst glühendes Engagement an das Präliminar Theater in höherer Ansicht gehabt; durch Ueberlegung der betreffenden Verdringung an die maßgebende Stelle in Dresden sei der Vertrag zurückgezogen und er verlangt nun von Herrn Würzburger einen Entschädigung von 3000 Mark. Eine Beleidigungsbilge soll Herr Vacuna erst nach Erteilung dieses Präliminars annehmen. Den Klager vertritt Jurist Dr. Lub, der Verklagte wird durch Jurist Dr. Osz vertreten. Die Verhandlung fand nicht statt, da Obersänger Vacuna einen größeren Schlichter einverleibt hat, zu dessen Beantwortung die Angelegenheit am Ende März vertagt wurde.

**Wäse Verhältnis zur bildenden Kunst.** John Paulsen vertritt in der hiesigen Zeitung „Politik“ persönliche Erinnerungen über die Beziehungen Abiens zur bildenden Kunst, die mancherlei neue, für die Charakteristik des Dichters nicht unwesentliche Beiträge bringen.

Relevant ist das Abien sich in seiner Jugend selbst als Maler verstand aber die Malerei nach seinem eigenen Verständnis in dem Augenblick beiseite gelegt, als sich der Plan der „Kroppsteinbeuten“

gehandelt werde. Hier im Anschluß stelle er dann eine Frage an die Regierung, ob sie geneigt ist, über zwei Fälle, die die Öffentlichkeit sehr beunruhigt hätten, Auskunft zu geben. Redner tritt dann ferner für die Abschaffung des Einjährigen-Privilegs ein. Eine diesbezügliche Reform des Mittelschulwesens sei erforderlich. Behauptung sei, wenn in einzelnen Staaten, wie jetzt in Preußen bei der Wahlrechtsvorlage, an dieses Privileg noch weitere geknüpft werden sollten. Durch Stipendien des Staates müsse gesorgt werden, daß begabte Volksschüler die höheren Schulen besuchen können. Aus dem Bauernstande und aus dem Volke wüchsen viele Talente auf. Redner begründet dann den Antrag auf die Simultanisierung der Lehrerseminare. Der bestehende Zustand sei eine Halbheit. Er könne nicht verstehen, wenn die Regierung in der Volksschule die Simultanschule anerkenne, aber in den Seminarien konfessionell getrennte Anstalten habe. Die Durchführung der Simultanisierung der Seminarien sei erforderlich. Ein eigenes Unterrichtsministerium müßte seine Pflichten gegenüber noch weiter fordern im Interesse der Verantwortlichkeit. Eine Ausgestaltung des Oberschulrats in ein Ministerium sei notwendig. Redner bringt dann die Maßregelung des Lehrers Ködel in Mannheim zur Sprache. In diesem Falle habe der Oberschulrat nicht richtig verfahren. Redner geht kurz auf die Geschichte des Falles ein. Der Mann sei gemahnt worden, weil er nicht auch die Nachteile des badiischen Schulwesens in der in Frage stehenden Sache hervorgehoben habe. Er sei der Meinung, daß die Maßregelung unter dem Vorwande aus politischen Gründen erfolgt ist. Die Meinungsfreiheit der Lehrer dürfe nicht gefährdet werden, das liege im Interesse des Staates. Wenn die Regierung nur ihre eigene Meinung hören wolle, so seien alle Lehrerveranstaltungen überflüssig. Er verlange eine Sicherstellung des Lehrerstandes gegen Maßregelungen in solchen Fällen.

Von Ködel (nat.)

erklärt im Namen seiner Freunde, daß sie diesem Titel des Staats zustimmen werden. Dem Berichterstatter spricht er Dank aus für die Ausführungen betr. der humanistischen Bildung. Die Schule sei aus dem Formalismus herausgekommen. Dem allgemeinen Bildungsdrang sollen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Die Realschule sei früher nicht so recht anerkannt worden, aber sie habe sich ihre Stellung erkämpft. So, wo eine Hochschulbildung nicht folgen solle, sei die Realschule am Platze. Der Staat müsse sich an den höheren Schulen der Städte beteiligen. Kein städtische Schulen wüchsen wir nicht. Redner spricht dann der Regierung im Namen seiner Freunde den Wunsch aus, die Beiträge der Städte zu den Schulen aufzuheben. Der vom Abg. Blümmel vorgeschlagene Titel eines Lehramtsassessors sei ja nicht mit hohen Steinen verbunden, es sei deshalb nicht dagegen einzuwenden. Das normale Verhältnis der einkommensmäßigen Stellen sei noch nicht hergestellt, das müsse beiläufig geschehen. Redner führt die Zahlen des Verhältnisses an den Schulen in Mannheim, Donaueschingen etc. an. Es liege im Interesse der Schule, daß hier schnellst Wandel geschaffen wird. Redner bezeichnet dann als Uebelstand das ungleiche Anstellungsverhältnis der Pädagogen. Hier müsse die bekannte badiische Sparpolitik zu wirken, was man nicht gütigen könne. Eine Erhöhung des Schulgelbes dürfe nicht eintreten. Auch das Schulgeld an den höheren Mädchenschulen sei zu hoch. An der Frauenbewegung dürfe man nicht achtlos vorbeigehen. Der Ausbildung der Mädchen dürfe nicht eine extra Steuer auferlegt werden durch höheres Schulgeld. Unser höheres Schulwesen sei vorbildlich, und müsse vorbildlich bleiben. Redner äußert dann noch mehrere Wünsche. So eine weitere Förderung der Lehrerinnenseminare. Den Mädchenschulen solle man gleichfalls die Berechtigung zuerkennen, das Einjährigen-zeugnis auszustellen. Es sei nun einmal als ein Zeugnis besonders tüchtiger Weise etc. anzusehen. Die Privatbildung solle mit der Abschließung der I-Klassen erfolgen. Die Coölation lasse sich nicht durchführen, sie solle keine Regel werden. Er habe keine sittlichen Bedenken, sondern er sei der Ansicht, daß die Veranlagung der Geschlechter verschieden ist. Redner bezieht sich hier auf eine kürzlich erschienene Schrift, aus der hervorgeht, daß aus hygienischen Gründen die Coölation abzulehnen sei. Durch Spiel und Sport müssen die Mädchen gefördert werden. Eine Reform des Mädchenunterrichts sei erforderlich. Gleich wie der Abg. Franz wünschen auch seine Freunde eine Erklärung der Regierung über die zwei Vorkommnisse. Auf den Fall Ködel würden seine Freunde noch bei der Position Volksschule zurückkommen.

Staatsminister Hr. v. Duld

bezieht sich hinsichtlich der Frage eines Unterrichtsministeriums auf die früheren Erklärungen der Regierung. Auch jetzt könne die Regierung nicht zustimmen. Ein Bedürfnis liege nicht vor. Bei den Finanzen des Landes könne kein weiteres Ministerium errichtet werden. Hinsichtlich der humanistischen Bildung stimme er den Ausführungen des Herrn Berichterstatters zu. Hinsichtlich der einkommensmäßigen Anstellung solle darauf geachtet werden, daß die Besoldungsverhältnisse der Lehramtspraktikanten nicht zu unangenehm werden. Letztendlich würden sich die Juristen freuen, wenn sie ein derartiges Advancement hätten. In der Frage der Coölation seien die Meinungen auch in der heutigen Diskussion geteilt. Auch was hier vorgebracht worden ist, enthält keinen Grund für die Unterrichtsverwaltung, von ihrem jetzigen Verhalten abzugehen. Zugelassen werden dürfen Mädchen, er betont „dürfen“, weil ein Zwang für die Schulen nicht besteht. Die Erfahrungen, die

besteht. Das Gemälde ist etwa 2 zu 3 Fuß groß; seine Farbe ist in warmen roten und braunen Tönen gehalten, mit feinen Abstufungen in der Bläue des Karnates. Es ist in seinem Motivationsausdrucksvermögen schon und dem vollendeten Maße in der objektiven Beobachtung der Natur vielleicht überlegen; in einzelnen Partien ist eine bedeutende Durchdringung des Geistes wahrzunehmen, die sich von der feineren Weise des vollendeten Porträts unterscheidet. Auch die Färbung ist weniger flüchtig und deutet auf einen Studien nach der endgültigen Form, wie sie für eine vorbereitende Studie charakteristisch ist. Das Bild des Hrn. Warden ist ein Meisterwerk in seiner Art und bereichert das Genre des großen wälschen Meisters um ein wichtiges Stück, da Vorstudien zu seinen Gemälden bisher nicht bekannt waren.

Salome in London. Aus London wird berichtet: Richard Strauss' Salome, deren Aufführung in der britischen Hauptstadt bekanntlich durch die Zensur verhindert wurde, wird nun doch vor dem Londoner Publikum in Szene gehen. Aus einer Besprechung führender Londoner Musikliebhaber und Theaterinteressenten, die im Hause des Lord Howard de Walden unter dem Vorsitz von Frederic Mallet stattfand, ist die Gründung eines Londoner Opernvereins hervorgegangen, der es sich zum Ziele gesetzt hat, englische Originalopern, bedeutende Werke fremder Komponisten und vor allem Opern aufzuführen, die die Zensur verboten hat. Das Komitee, das die genaue Arbeitspläne sofort aufstellen wird, ist bereits gebildet. Auch der Gründung angehört die der Präsident des Vereins zu einem Interviewer: Wir hoffen noch in diesem Frühjahr durch den Opernverein Aufführungen zu veranstalten. Es ist bereits beschlossen, daß die erste Oper, die wir auführen, die Salome von Richard Strauss sein wird, deren Aufführungsrecht Thomas Woodman

des in gemeinschaftlichen Unterricht von Knaben und Mädchen gewährt worden sind, seien gut und die Behörden hätten keinen Grund, abzugehen von dem bisherigen Verhalten. In der Schulfrage sei den Gemeinden Freiheit gegeben. Wichtig ist, daß das Schulgeld der höheren Mädchenschulen höher ist. Das sei auf Wunsch der Städte geschehen. Für Gymnasien sei ein Maximum von 108 M. nicht zu viel. Mit den Staatsbeiträgen zu den Schulen ständen wir in Baden an der Spitze unter den übrigen Staaten. Die Realschulen seien durchaus Sache der Städte. Baden stünde auf keinen Fall in den Leistungen für die Schulen hinter anderen Staaten zurück. Von dem Titel Lehramtsassessor habe man gesagt, er koste nichts, das sei sicher schön, aber man solle doch erst abwarten, bis eine Klärung in dieser Frage bei den Beteiligten selbst eingetreten ist. Er müsse Verwahrung dagegen einlegen, wenn es den Anschein habe, als stehe die Regierung dem unfreundlich gegenüber. Es liege kein böser Wille vor. Wenn ein geeigneter Titel genannt werde, so sei die Regierung gern bereit, diesem Wunsche nachzukommen. Der Minister weist noch darauf hin, daß die jungen Philologen hier in Baden viel schneller zu dem Titel Professor gelangten, als in Preußen, wo dies erst nach 15 Jahren der Fall ist. Er äußert sich dann zu den angezogenen beiden Vorkommnissen, die sittliche Verfehlungen betreffen. Eine Aufklärung könne er nicht geben; er könne nur wiederholen, was er in der Kommission darüber vorgetragen habe. Dazu, daß einzelne Freunde mit der Sprache nicht herausgerückt sind, könne die Schulverwaltung nichts sagen. Hinsichtlich des Antrages über die Simultanisierung der Lehrerseminare behält sich die Regierung die Stellung vor. Eine grundsätzliche Frage sei die ganze Angelegenheit nicht. Es sei nicht der Fall, daß die Seminarien konfessionell gestaltet sind. Es seien keine geistlichen Vorstände der Anstalten vorhanden. Die Gestaltung erfahre lediglich eine praktische Behandlung. So sei in dem Seminar in Reersburg z. B. ein evangelischer Lehrer vorhanden. Mit dem Antrag ging es nur auf die Religionsunterrichtsbeteiligung der Lehrer aus. Einer Veränderung in dieser Frage könne die Regierung nicht zustimmen. Der Minister verteidigt dann die Maßregelung des Lehrers Ködel. Er bedauert lebhaft, daß die nationalliberale Partei noch mit ihrer Ansicht zurückgehalten habe. Er bedauere, wenn das etwa die Ansicht des Herrn Oblicher sei. (Zwischenruf des Abg. Süßkind: Der ist ja draußen). Der ist zwar draußen, aber er doch noch (Weiterkeit.) Den Oberschulrat müsse er gegen den Vorwurf verwehren, nicht recht getan zu haben. Es handle sich nicht um die freie Meinungsäußerung der Lehrer, es handle sich um einen Mann, der in einer Versammlung unser Schulwesen in äußerster abfälligster Weise hingestellt hätte. Dagegen müßte die Regierung sich verwehren. A. habe eine Fülle von Vorwürfen zusammengetragen. Der Minister verteidigt einzelne Teile der Rede des Abg. Ködel. Schon allein die Bemerkung des A., daß der Minister sich ansehe, die badiischen Lehrer an die Wand zu bräuen, hätte Gelegenheit zum Einschreiten gegeben. Er habe aber den Strafantrag nicht gestellt, fühle sich auch nicht beleidigt. Die Regierung verwehre sich dagegen, die freie Meinungsäußerung der Lehrer einzuschränken zu wollen, habe aber allen Grund, sich derartiges nicht gefallen zu lassen. Das Verfahren gegen Ködel sei durchaus korrekt und notwendig gewesen.

Abg. Gummel (dem.)

ist der Meinung, daß die Regierung im Falle Ködel mit etwas zu großer Rücksicht vorgegangen ist. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes der Organisation der Unterrichtsverwaltung sei nicht möglich. Es würde sich am Unterrichtsministerium selbst rächen. Ein eigenes Ministerium wäre notwendig. Die Stellung des Oberschulrats betrachte er nur als einen Schritt auf diesem Wege. Zu den Verhandlungen mit den Städten müsse die Unterrichtsverwaltung den Beamten mehr Rückhalt verleihen. Die Leiter der Schulen würden mehr als Verwaltungsbeamten betrachtet. Sie würden mit Schreibarbeiten beschäftigt, die ihrer Vorbildung nicht entsprechen. Den Direktoren müsse eine Schreibkraft beigegeben werden. Wer in einer Mittelschule aufgewachsen ist, der muß empfinden, daß das Verhältnis zwischen dem Elternhause und Schule nicht das richtige ist. Die Öffentlichkeit müsse mehr eingeführt werden. Der Beirat müsse unter größerer Beteiligung der Eltern- und Lehrerschaft weiter ausgebaut werden. Eine Ausbildung der Mittelschullehrer an technischen Hochschulen sei notwendig. Die Frage der Titelverleihung eines Lehramtsassessors sei eine nebensächliche. Etwas anderes sei aber die Herstellung eines stabilen Verhältnisses zwischen einkommensmäßigen und nicht-einkommensmäßigen Lehrern. Weiter sei Gelegenheit zur Weiterbildung der Lehrer erforderlich. Es müßten Lehrer in Geographie unterrichten, die in ihrem Studium keine Geographie eingeschlossen hätten. Die Geographie-Lehrer müßten Deutschland und Baden bereisen, dazu sollte den Lehrern freie Fahrt auf der Bahn gewährt werden. In der Frage der Coölation würde sich die spätere Zeit wundern über die jetzige Diskussion. Die Erfahrungen mit dem gemeinsamen Unterricht seien durchaus gute. Redner äußert sich dann in längeren Ausführungen über die humanistische Bildung. Die Ausführungen des Ministers über die Simultanisierung der Lehrerseminare seien nicht befriedigend. Bei dem Antrag sei nicht daran gedacht worden, an der Religionsunterrichtsbeteiligung der Lehrer zu rütteln. Zur Abschaffung der Einjährigenberechtigung könne man noch nicht schreiten. Das würde der Schule nur schaden.

Abg. Vansbach (kon.)

wendet sich gegen die Mittelschulen. Diese verursachten große Lasten. In Mosbach müßten hierfür alle Heberzölle der Sparkasse verwandt werden, so daß alle anderen Fragen, wie die Errichtung eines Schulbades zurückstehen müßten. Redner verlangt die Umwandlung der Mosbacher Realschule in eine Volksschule. Ferner ersucht er die Regierung, in Mosbach ein Lehrerseminar und eine Tierarznei-Hochschule zu errichten (Weiterkeit.) Er spricht der Regierung seine Anerkennung aus, daß sie die konfessionelle Trennung der Lehrerseminare beibehält.

Die Sitzung wird hierauf am 7 Uhr abgebrochen und vom Präsidenten auf morgen Freitag nachmittag um 3/4 Uhr verlagert. Die Tagesordnung wird fortgesetzt.

### Badische Politik.

B.N.K. Karlsruhe, 10. Febr. Wie schon bekannt, tritt der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei am Sonntag den 13. März zu einer Sitzung in Baden zusammen. Es ist von der Leitung der nationalliberalen Partei Badens der Antrag gestellt worden, in jener Sitzung auch die Frage der Schiffahrtsgesetze zu behandeln.

### Tagung der Jungliberalen.

B.N.K. Karlsruhe, 10. Febr. Wie schon bekannt, hält der Landesverband der Jungliberalen seine Baden, der ja ein Glied der Organisation der badischen nationalliberalen Partei ist, am Samstag den 10. und Sonntag den 20. Februar 1910 seinen 8. ordentlichen Vertretertag in Bruchsal ab. Die Tagesordnung ist wie folgt endgültig festgesetzt:

Sonntag, den 10. Februar:

Nachmittag 3 Uhr: Vorstandssitzung im Hotel Post (weißes Zimmer): Besprechung über die Leitung und Organisation des Verbandes.

Nachmittags 5 Uhr: Geschlossene Vertreterversammlung im Restaurant Krämer: 1. Geschäftsbericht und politische Ansprache des Vorsitzenden. Diskussion: 2. Bericht der jungliberalen Landtagsabgeordneten über die Tätigkeit des Landtags. 3. Bericht des Rechners und der Rechnungsprüfer. 4. Anträge des Vorstandes. 5. Wahlen.

Abends 8 1/2 Uhr: Bankett im Hotel Post (obere Säle).

Sonntag, den 20. Februar:

Vormittags 9 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Restaurant Krämer: 1. Haben wir noch ein gleiches Wahlrecht zum Reichstag? Referent: Syndikus Dr. Blumlein-Mannheim. 2. Verhältnissachen. Referent: Sammelgenosse Ernst Frenck-Karlsruhe. 3. Diskussion.

Nachmittags 2 Uhr: Gemeinschaftliches Essen im Hotel Keller. (Preis für das trockene Gedeck M. 3.—)

Es ist dringend notwendig, daß ein jeder jungliberaler Verein mehrere Vertreter entsendet und daß auch diejenigen Jungliberalen, die nicht in jungliberalen Vereinen organisiert sind, den Vertretertag besuchen. Dringend erwünscht ist auch, daß die offiziellen Vereinsvertreter schon Sonntag nachmittag so rechtzeitig in Bruchsal eintreffen, daß sie an der geschlossenen Vertreterversammlung teilnehmen können. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung darf kein Verein unterbleiben sein.

## Aus Stadt und Land.

Mannheim, 11. Februar 1910.

### Der Milchkrieg in Sicht!

Die Vereinigung der Mannheimer Milchhändler hatte auf gestern nachmittag eine Versammlung in das Restaurant „Karl Theodor“ einberufen zur Stellungnahme gegen den drohenden Milchpreisausschlag der Milchproduzenten. Der geräumige obere Saal erwies sich bei Beginn der Versammlung dicht besetzt. Der Vorsitzende verwies in einleitenden Worten auf den Zweck der Versammlung und brachte dann ein Schreiben des Gewerkschaftssekretärs zur Kenntnis, in dem dieses erklärt, die Milchhändler in ihrem Kampfe gegen den seitens der Produzenten geplanten Ausschlag energisch zu unterstützen. Er begrüßte diesen Entschluß des Kartells, denn die Sympathie von 15-20 000 Arbeitern bilde in dem Kampfe die wirksamste Waffe. Wenn die Produzenten behaupten, die Futtermittel seien gestiegen, so müsse festgestellt werden, daß die Preise seit dem Jahre 1900 unverändert geblieben sind. Heute handle es sich um drei Fragen: Ob die Milchhändler gesonnen sind, den Ausschlag zu bewilligen und wenn, ob sie denselben selber tragen oder auf das Publikum abwälzen sollen. Bezüglich der ersteren Frage könne es nur eine verneinende Antwort geben. Gewerkschaftssekretär Rapp, der der Versammlung antwortete, verwies darauf, daß die Arbeiter in Mannheim schon einen sehr beträchtlichen Teil der Bevölkerung darstellen und daß es mit ihrer Mithilfe wohl gelingen werde, den Ausschlag abzuwehren. Im schlimmsten Falle würde ein sehr langwieriger Kampf entstehen und das Gewerkschaftskartell würde die Milchhändler dadurch unterstützen, daß die Arbeiter sich möglichst in dem Milchkonsum einschränken und Ersatz zu Hilfe nehmen. Zweifellos würden sich die Sympathien für die Milchhändler nicht bloß auf die Arbeiter beschränken, die gesamte Einwohnerschaft habe ein Interesse an dem Kampfe. Aber auch die Mithilfe der Presse dürfe man nicht entbehren. Vorsitzender Traubold bemerkte, in keiner Stadt Deutschlands würden seitens der Händler die Preise bezahlt, wie in Mannheim seit Jahren schon. Zeit sei es, daß die süddeutschen Städte einmal dagegen energisch Front machen. Man sollte sich nicht vom Publikum immer für diejenigen halten lassen, die Schuld an den hohen Milchpreisen sind. Leider sei auch die Stadtverwaltung den Milchhändlern nicht hold. Dazu komme auch die ungünstige geographische Lage Mannheims, 150 bis 200 Kilometer weit müsse die Milch hergeholt werden. Statt von der Stadtverwaltung eine Unterstützung zu erhalten, suche sie sich als Konkurrent in die Reihen der Milchhändler hineinzudrängen. Darauf deutete wohl auch, daß seit einigen Tagen die Milchplätze von Leuten besucht werden, die sich bemühen, die Bezugsquellen und die Regelung des Verkehrs aufzuforschen.

Anschließend an die Ausführungen des Vorsitzenden bemerkte ein Diskussionsredner, die Stadt solle doch nur den Milchhandel versuchen, sie würde wahrscheinlich dabei noch mehr Geld zusehen wie bei dem Rosengarten. Der Geschäftsführer der Milchhändler-Gesellschaft, Roth, führt aus, am verderblichsten sei für den Milchhändlerstand, daß einzelne Milchhändler 17 und 18 Pfg. dem Produzenten zahlen. Wenn die Milchhändler unter sich nicht einig seien, dann sei die Stadtverwaltung der laienhafte Dritte, sie lasse eine wunderbare Kleinarbeit zur Verwirklichung ihrer Absichten. Ein vertrauensvoller Herr Landhändler bei der Stadtverwaltung alles für den Milchhandel Wissenwerte aus. Ohne daß die Stadtverwaltung bedacht hat, daß sie damit gegen die Vorschriften verstößt, erhalte er unbeanstandet die gewünschte Auskunft. Zu Duzenben gingen gewisse Herren mit der roten Weste (Wand des Landw.) auf dem Lande herum, um die Landwirte gegen die Milchhändler aufzuheizen. Zum Ausschlag liegt gar kein Grund vor. Der Redner leistete sich dann einen ebenso ungeschickten als unmotivierten Angriff auf die Presse, die er einer unfreundlichen Haltung gegenüber dem Milchhändlerstande zeihl. Im besonderen nennt er die „Vollstimme“.

Redakteur Kammeler von der „Vollstimme“ ergriff hierauf sofort das Wort, um energischen Protest gegen die Angriffe des Redners zu erheben, indem er bemerkte, es wäre wohl richtig, sich die Sympathie der Presse in dem Kampfe zu sichern, als neuen Konfliktstoff aufzubereiten. Sei etwas geschrieben worden, dann habe es sich nicht gegen den ehrlichen Milchhandel gerichtet und von den Schöffengerichtsberichten würden nur die Vanscher getroffen. Wie könne die Presse für die Interessen der Milchhändler eintreten, wenn sie überhaupt keine Einladungen zu den Versammlungen erhalte? Wenn sie nichts wisse, lasse sie nichts schreiben. Vorsitzender Traubold wies die Angriffe Roth's zurück und gab selber zu, daß auch bei der Tagung des Deutschen Verbands der Milchhändler keine Einladung an die Presse erging.

Als bedauerlich bezeichnet man die Haltung der Heidelberger Milchhändler gegenüber dem geplanten Aufschlag. Sie haben erklärt, ob die Milch 20 oder 30 Pfg. koste, sei ihnen gleich. Ein Nebenher wurde sich gegen die Kobaltgewährung an den Beamtenverein und den Konsumverein. Die billigere Lieferung der Produzenten an diese müsse natürlich auf der anderen Seite wieder zu einer Erhöhung führen.

Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgende Resolution an:

Die heutige im Lokal Karl Theodor zahlreich besuchte Versammlung der Milchhändler Mannheims und Umgebung, der auch der Gewerkschaftssekretär Nagel und Vertreter der Presse beizuhören, verurteilt entschieden die von den Produzenten beschlossene Milchpreiserhöhung und gelobt durch offener Zusammenschluß diese Erhöhung abzumelden. Die von der Versammlung gewählte Kommission wird ermächtigt, mit dem Gewerkschaftsleiter und allen in Betracht kommenden Faktoren in Unterhandlung zu treten zur Abwehr des nach jeder Richtung ungerechtfertigten Preisauflages. Ferner wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß unsere Stadtvverwaltung den Bestrebungen auf Vereinerung der Milch mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ebenfalls entgegenzutreten wird.

Eine Kommission, bestehend aus dem Vorstand und fünf nicht zum Milchhändlerverein gehörenden Männern wurde mit der Leitung der Boykottbewegung betraut.

**\* \* \***

**Eine allgemeine Versammlung der Milchhändler und Händlerinnen von Ludwigshafen und Umgebung** fand vorwochen nachmittags statt. Das Resultat der eingehenden Aussprache war die einstimmige Annahme der folgenden Resolution: „Die Milchhändler von Ludwigshafen und Umgebung stellen sich nach wie vor auf den Standpunkt, daß es bei den heutigen Verhältnissen unter freien Umständen möglich ist, für die Milch die von den Produzenten geforderte Preiserhöhung dem Publikum auszuhalten und den Produzenten den Aufschlag von 2 Pfg. zu bewilligen, da die Milchpreise, die die Milchhändler von Ludwigshafen bezahle, gar nicht die höchsten sind, die in Deutschland bezahlt werden. Die Milch soll zum alten Preis von 22 Pfg. weiter verkauft werden.“ Es wurde noch beschlossen, die Milchhändler in Mannheim zu verständigen, damit man von dort nicht dem Ludwigshafener Milchhändler Schwierigkeiten in den Weg legt und wiederholt der Wunsch geäußert, der Appell um Nachsicht bei einem allfälligen Milchpreiskrieg möge dem Publikum gewährt werden. Auch die Landhändler, die ihre Ware per Wagen zur Stadt führen, sollen zur Mitwirkung gewonnen werden.

Zum Milchpreisaufschlag. In Oggersheim beschlossen die Milchproduzenten mit großer Einmütigkeit, vom 15. Februar ab den Milchpreis für den Zwischenhandel von 15 auf 17 Pfg. zu erhöhen.

**Hochwasser.**

Obwohl vom Oberlauf fallender Wasserstand gemeldet wird, sind Rhein und Neckar hier immer noch gestiegen, der Rhein von 6,28 auf 6,40 der Neckar von 6,46 auf 6,59 Meter. Da der Neckar im Oberlauf hart fließt und der Rhein bei Maxau zum Stehen gekommen ist, dürften Rhein und Neckar auch hier ihren höchsten Stand erreicht haben. Von auswärts liegen noch folgende Hochwasserermittlungen vor:

Wagau, 10. Febr. Das Wasser des Rheins zeigte heute nachmittags 4 Uhr am Pegel 6,55 Meter gegen 6,68 Meter heute vormittags 8 Uhr. Seit 13 Uhr mittags ist nahezu Stillstand der Pegelhöhe eingetreten.

Wingen, 10. Febr. Infolge des hohen Wasserstandes der Rander haben hier viele Keller unter Wasser. Ganz besonders hat das neue Schulhaus unter dem eindringenden Grundwasser zu leiden. Vor einigen Tagen drang es in den Feuerzimmern der Zentralheizung, so daß die Schiffe ohne Heizung waren.

St. Louis, 10. Febr. Gewebe zur raschen Zeit hat die Temperatur wieder etwas angezogen, denn schon worden die Böden gefüllt bis zum Rande und nur wenig fehlt, dann wären sie über die Miter gestiegen. Zwei Drittel des Schnees sind in wenigen Tagen verschwand.

Rhein, 10. Febr. Der Rhein ist seit gestern mittags noch um einen Meter gestiegen, steigt aber jetzt nur noch langsam. Der Pegel zeigte um 12 1/2 Uhr 6,43 Meter. Die Hafengasse ist teilweise überflutet.

Mülldorf, 10. Febr. Der Rhein ist innerhalb der letzten 24 Stunden noch um 1,16 Meter gestiegen und überflutet das Vorfeld innerhalb der Dämme. Der Mülldorfer Pegel steht auf 6,75 Meter, zeigt also nur noch 75 cm weniger als beim letzten Hochwasser Ende Januar. Der Trajektverkehr ist eingestellt.

Essen (Ruhr), 10. Febr. Auch die Ruhr fließt jetzt hartes Hochwasser und überflutet die Ufer. Die Ruhr überflutet bei Kupferdreh das ganze Tal. Bei Olfersfeld riß die hochgehende Winder den Damm um. Das Wasser überflutet weite Strecken.

Brüssel, 10. Febr. Die befristeten Heberstromeumarmungen sind eingetreten. Die Umgebung von Wecheln bildet einen großen See. Auch das Anwohnen der Nebenflüsse der Waas dauert fort. Dagegen ist die Waas selbst, die bei Nüttgen über dem gewöhnlichen Niveau stand, heute etwas gesunken.

Ausscheidung. Der Großherzog hat dem Gehobler bei der Reichsbankhauptstelle in Mannheim August Kraus die nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm vererbten königlichen Preussischen Allgemeinen Ehrenzeichens erteilt.

Sein 50jähriges Dienstjubiläum feiert heute der Großh. Oberleitungsverwalter der Kgl. Post, und Hochh. Hoff. Staatsbeamten Herr Karl Jäger. Der Jubilar hat die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitgemacht und ist für einige Jahre mit dem Orden Philipps des Großmütigen ausgezeichnet worden.

Zu der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrats der Freiw. Feuerwehre wurde der 1. Obmann Knieriem zum diensttuenden Ehren-Obmann, der 2. Obmann Schneider zum 1. Obmann, der Beisermann Kon Wöhlgen zum 2. Obmann der Weiger der 1. Kompanie ernannt.

Die Sparbüchsen mit der Aufschrift „Das glückliche Kind dem bedürftigen“ ergeben einen geringeren Betrag als in vergangenen Jahren. Die Summe reicht nicht vollständig aus, einem armen Kinde ein vollständiges Abonnement zu erstehen. Ob die schlechten Zeiten Schuld daran sind oder ob der Eifer der Kinder, ihre Fleinige dem Vermitteln zu opfern, nachgelassen? Es wäre erfreulich, wenn die nächste Sammlung ein besseres Resultat ergäbe. Es sind noch einige dieser Sparbüchsen in der Expedition d. M. unentgeltlich abzugeben.

Mannheimer Altertumsverein. Der nächste Vereinsabend wird am Montag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Café-Restaurant Germania, O. L. 10/11 hinterer Saal, Eingang durch den Hof, stattfinden. Herr Professor Dr. Hermann Gropengießer wird an demselben einen Vortrag halten über „Altertumsfunde in der hiesigen Gegend im Jahre 1890“. An der Hand der ausgestellten Gegenstände wird der Vortrag die vorjährigen Funde aus vorrömischer, römischer und fränkisch-alemannischer Zeit behandeln und durch Worte kulturgeschichtlichen Inhalts erläutern und beleuchten werden über die Vorgeschichte unserer Gegend. Die Mitteilungen

und Freunde des Vereins mit ihren Damen sind zu zahlr. dem Besuche freundlichst eingeladen. Auch Nichtmitglieder haben freien Zutritt.

Die Vorträge Dr. Müngels über Napoleon I. über eine steigende Anziehungskraft aus. Nötigte gleich der erste Vortrag den Verein für Volksbildung zur Ueberlieferung vom Rathsaussaal in den doppelt so großen Bernhardschhof, so war auch dieser bis in die letzte Ecke besetzt. Diesmal vervollständigte der Redner das schon im ersten Vortrag entworfene Bild der Zustände, welche schließlich Napoleon importierten. Die Nationalversammlung stellte gewissermaßen den 3. Staat, die Bourgeoisie, dar und verdrängte von sich aus anstelle des absoluten Königs die Regierung zu führen. Ihre politische Unerfahrenheit ließ sie zu vorkatholischen Utopien Hoffnungen, die bald die Herrschaftsgelüste der großen Masse reizten. Die bürgerliche Zusammensetzung der Nationalversammlung suchte die Gesetze so zu gestalten, daß besonders ihre Wünsche erfüllt wurden und reizten so die Wut der übrigen. Zum Widerspruch gegen den König kam also noch der Haß gegen die Bourgeoisie, wie sie in der ersten Nationalversammlung vertreten war. Dabei wurde das Beharrnis nach Einheitslichkeit der Regierung immer stärker und führte schließlich zur Bildung des Wohlfahrtsausschusses mit erst 13, dann 10 Mitgliedern, dann des Direktoriums mit 5, endlich zur Ernennung von 3 Konsuln, von denen Napoleon der eigentliche Machthaber war, bis er sich formell zum Alleinherrscher aufwarf. Wurden so im Verlauf der französischen Revolution die Gegensätze der Parteien im Innern größer, so kam durch die Separation der gescheiterten Absichten ein bewaffnetes Einschreiten der europäischen Staaten gegen Frankreich zustande. Da zeigte sich die Macht der Idee. Angesichts der Gefahr von außen traten alle Gegensätze für eine zeitlang zurück, das ganze Volk stand auf zum Schutze der erlangten Freiheit, während die Heere der Angreifer keine solche Begeisterung erfüllte. Dazu kam noch, daß die Verbündeten wohl einen Augenblick zusammenhielten, bald aber das alte Mißtrauen aufkommen ließen. Daß man für eine Idee einen Krieg führe, war bis jetzt noch nicht dagewesen; Kriege wurden äußerer Vorteile wegen geführt. Auch Preußen marschierte an den Rhein, um sich dann in Vöden den Lohn zu holen. Das gönnte ihm Österreich nicht, und so hatte der Angriff von vornherein nicht die nötige Stützpunkt. Inzwischen waren die französischen Soldaten die ob solcher Taten fast verblüfften Heere zurück und retteten so die Republik. Die Sehnsucht nach glorreichem Frieden wurde gleichzeitig mächtiger, und so erklärte sich das gesaltige Steigen der militärischen Macht. Man wollte die bürgerlichen Errungenschaften genießen und ließ deshalb jeden gewahren, der den stolzen Frieden zu bringen imstande war. Nur so konnte der blutdürstige Robespierre an die Spitze der Regierung kommen, der in 48 Tagen 1266 Menschen auf Schaffot schickte. Aber seine Herrschaft währte nur so lange, bis die äußere Gefahr vorüber war. Das französisch war die Parole für den Kampf: Krieg den Tyrannen, Friede den Hatten! Verbrüderung der ganzen Menschheit, aber so, daß das zivilisierteste Frankreich an der Spitze der ganzen Welt steht. Wollte ein Volk die französischen Formen und Gesetze nicht annehmen, so war es noch nicht reich und mußte unter französischer Kontrolle bleiben. Man brachte also auf der einen Seite Befreiung und auf der anderen Bedrückung. Die Theorie von natürlichen Grenzen wurde 1792 zum Dogma erhoben. Der Rhein sollte Grenze sein vom Bodensee bis an die Nordsee, die Pyrenäen beschließen. Damit diese Grenzen aber auch wirklich geschützt blieben, mußte jenseits derselben eine Zone gebildet werden, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich stand, so Holland, Spanien und Italien und später die Rheinbundstaaten. Man sieht die alte Suprematie (Vorkriegszeit) Frankreich unter Ludwig XIV. in anderer Form wieder erstehen. Der Bruch gegen den König schied das Volk in zwei Lager: die zur Milde geneigten Girondisten und die radikalen, unorthodoxen Jakobiner. Für den Märtyrer erhoben sich die katholischen Bauern der Vendee und die königstreuen Girondisten. Gleichzeitig drangen die übrigen europäischen Staaten auf diese Unigimärderischen Republikaner ein. Dätte Ludwig XVIII. sein Leben eingetauscht und wäre an die Spitze der Vendee getreten, so wäre mit Hilfe der europäischen Heere die Revolution wahrscheinlich niedergeschlagen worden. Das tat er nun nicht. Dagegen leute gerade bei der Eroberung von London Napoleon die Aufmerksamkeit der ganzen Nation auf sich. Nach diesen grundlegenden Ausführungen werden die folgenden Vorträge — der nächste am Mittwoch, den 16. Februar — die Entwicklung Napoleons zeigen.

**Stierpreiserhöhung.** Aus Brauereireisen sind geschrieben: „Die jetzt durch fast alle Zeitungen gehende Notiz, die Brauereien des Oberlandes würden von einer Erhöhung der Bierpreise absehen, ist eine pure Fiktion, die veranlaßt auf übertriebene Nachrichten gegen den Brauer- und Bierstand zurückzuführen ist. Wie allgemein bekannt, können weder Brauer noch Bier die neue gewaltige Steuererhöhung tragen, weshalb sie unter allen Umständen auf den Konsum abgewälzt werden muß. Hierüber sind sich alle bürgerlichen Brauer einig. Nur wegen der Höhe und des Zeitpunktes des Aufschlags schweben zur Zeit noch Einigungsüberhandlungen unter den bürgerlichen Brauereien.“

**Kontakverfahren.** Ueber das Vermögen des Kaufmanns Theodor Wöh in Engen wurde das Kontakverfahren eröffnet. Kontakverwalter: Rechtsanwalt Dr. Richard de Jong. Kontakforderungen sind bis zum 26. Febr. anzumelden. Prüfung der angemeldeten Forderungen am 8. März.

**Kontakverfahren.** Ueber das Vermögen des Kaufmanns Theodor Wöh in Engen wurde das Kontakverfahren eröffnet. Kontakverwalter: Rechtsanwalt Heinrich Schmid in Engen. Prüfungstermin für die bis 17. März anzumeldenden Forderungen: Dienstag, 8. März, Amtsgericht Engen.

**Aus Ludwigshafen.** Die Handelsperre ist mit dem heutigen Tage für aufgehoben erklärt worden.

**Wannschles Wetter** am 12. und 13. Februar. Für Sonntag und Montag ist wiederum mehrfach bewölkt und weniger kaltes Wetter in Aussicht zu nehmen.

**Vergnügnungs- und Vortrags-Kalender**

für Freitag, den 11. Februar.  
 Hoftheater: 8 Uhr, Bonn, C.: Die verurteilte Waise.  
 Neues Operetten-Theater: 8 Uhr: Die geliebte Frau.  
 Apollotheater: 8 Uhr: Carlotta vor Gericht.  
 Politeia: Konzert des Damenorchesters Pöbel.  
 Wilder Mann: Konzert des Damenorchesters „Familie Arenzig“.  
 Terminal: Konzert der Schweizer Musikanten.  
 Storch: Konzert des italienischen Gesangs- und Tangenssembles Adrio Rosoli.

**Kommunalpolitisches.**

Kedarbischhofheim, 9. Febr. Gestern wurde der Gemeindevoranschlag pro 1910 vom Bürgerausschuß genehmigt. Die Umlage beträgt wie im Vorjahr 40 Pfg. Es betragen die Einnahmen 25 294 M. und die Ausgaben 25 450 M. Sonach sind durch Umlagen zu decken 30 156 M. Die Steuerkapitalien betragen: Liegenschaftsteuer 4 489 850 M., Betriebsvermögen 1 260 150 M., Kapitalvermögen 1 830 200 M., Einnahmen 235 725 M.

Waldheim, 10. Febr. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde der Voranschlag für 1910, der mit einer beträchtlichen Erhöhung der Umlagen bringt, von 43 auf 48 Pfg. pro Hundert genehmigt. Die künftigen Ausgabenmittel, welche die notabeherrschende, empfindlich verlaufene Sitzung überwanden, legten nach Erledigung der Tagesordnung gegen die auf 3 M. Strafe lautende Befugnis des Bürgermeisters, dem ein Beschluß des Gemeinderats zu Gunsten liegt, Beratung ein.

Die Kölner Stadtdirektoren traten in die allgemeine Besprechung des Haushaltsplans der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1910 ein. Infolge weicher Sparsamkeit in allen Rejforts bei Aufstellung der einzelnen Etats glaubt man ohne Steuererhöhung auskommen zu können. Die Erhöhung des Stadthaushalts um 797 000 M. wird durch den Zuwachs an Steuern ausgeglichen. Der Stand der Stadtkasse war Ende des v. Ms. sehr ungünstig. Mehreinnahmen und Minderausgaben gegenüber dem Haushaltsplan in Höhe von 669 730 M. standen Mehrausgaben und Wenigereinnahmen im Betrage von 600 918 M. gegenüber, so daß der Ueberschuß auf 68 812 M. sich belief. Bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken ist aber mit einem Ausfall zu rechnen wegen geringeren Leucht- und Heizgasverbrauchs, des geringeren Stromverbrauchs der Straßenbahnen usw. An Steuern wurden 509 650 M. mehr vereinnahmt.

In der Stadtdirektorenversammlung zu Hanau wurde bei Beratung des Etats der städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule auf den bemerkenswerten Umstand hingewiesen, daß die Schülerzahl dieser Schule auffällig zurückgeht. Inwon die zunehmende Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Handelsgewerbe schuld sei. Das spiegelt sich auch in dem sinkenden Anwohnen der Mädchenabteilung dieser Schule wider, die eine Schülerzahl von 106 Schülerinnen erreicht habe.

Erhebung städtischer Marktwirtschaften. Der Magistrat der Stadt München gab dem neuen Entwurf, der auch die Mittel für die königlichen Theater mit Ausnahme der beiden letzten Plätze mit einer Steuer belegt und den Wänden der Veranschaulichungen von Ausstellungen möglichst Rechnung trägt, mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten seine Zustimmung.

In Kreuznach schließt der städtische Etat mit einem Heftbetrag von 73 000 M. ab. Es sollen der Wasserpreis von 2 auf 2 1/2 Pf. pro Kubikmeter, ferner die Schlocht- und Müllabfuhrgebühren erhöht werden.

Die Einrichtung von Hilfsklassen für schwachbegabte Kinder wurde in Münster i. W. für die Volksschulen beschlossen.

Eine Reform des Straßenbahnverkehrs soll in Düsseldorf stattfinden. Die die städtischen industriellen Werke, so wurde bisher auch die Straßenbahn in erheblichem Maße zur Verminderung der allgemeinen Bedürfnisse herangezogen; große Jahresüberschüsse konnten der Stadtkasse zugeführt werden, während andererseits die Fahrpreise recht hohe waren und eine gesunde Verkehrs-politik dadurch unterbunden wurde. Die neue Reform soll von dem Grundsatze ausgehen, daß billige Straßenbahnfahrpreise zur Durchführung einer nützlichen Bau- und Wohnungspolitik notwendig sind, und die Reform wird deshalb besonders auch den eingemeindeten Vororten mit ihren weiten Flächen unbedenklichen Landes Vorteil bringen.

**Aus dem Großherzogtum.**

Siedenheim, 10. Febr. Am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet hiesig im Rathaus eine Sitzung des Bürgerausschusses statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Allgemeine Grundzüge für den Bezug der Antragsen zu den Kosten der Straßenanlagen in Siedenheim und Meiningen. 2. Gemeindefinanzwesen des Rittershof der Hofier für die Anlage unterirdischer Abzugsanlagen in Siedenheim und Meiningen. 3. Gemeindebeschluss über den Rückkauf der Hofien für Herstellung und Unterhaltung der öffentlichen Schwelge, der Rinnen und Kanäle in Siedenheim und Meiningen. 4. Antrag an der Friedrichshofschule zu Siedenheim. 5. Erstellung eines Rathauses, einer Schulhalle und eines Gerichtshauses in Meiningen. Bei den Punkten 1, 2 und 3 handelt es sich darum, die betreffenden Bestimmungen mit dem am 1. Januar in Kraft getretenen neuen Ortsstatutengesetz in Einklang zu bringen. Zu Punkt 4 wird folgendes bemerkt: Die vor einigen Jahren erbaute Friedrichshofschule war schon bei ihrem Bezuge zu klein, so daß ein altes Schulhaus wieder in Benützung genommen werden mußte. Da auch hier keine Räume mehr zur Verfügung stehen, die Schülerzahl aber beständig steigt, so sollen an der Friedrichshofschule 4 Klassen mit einem Klassenraum von 103 000 M. errichtet werden. Desgleichen sollen auch in Meiningen neue Schulhöfe erstellt werden und entsprechend dem vom Großh. Verordneten unterstellten Ansuchen des Ortsrats Meiningen ein größeres Verwaltungsgelände mit Gerichtshaus mit einem Gesamtwert von 250 000 M. Beide Summen sollen durch eine aufzunehmende Anleihe gedeckt werden, welche mit jährlich 1 1/2 Prozent zu tilgen ist.

Vadensburg, 10. Febr. Dienstag nachmittags wurde auf der sehr belebten Hauptstraße ein Kind des Arbeiters Handl von einem Gefährt vom Schwabenheimer Hof überfahren. Die Räder des Fuhrwerks gingen dem Kind über die Brust, wodurch es ziemlich schwer verletzt wurde.

Waldheim, 10. Februar. Wie man erfährt, wurde dem prakt. Arzt Dr. Hopp dahier die Stelle des Großh. Bezirksarztes in Vorberg übertragen.

Waldheim, 10. Febr. Inner zwei Stunden von hier an der Bahnlinie nach Basel gelogener Nachbarort Vellingen wurde in der vergangenen Nacht von einem Schabenseuer heimgejagt, wie die Bewohner des Dorfes noch kein solches erlebt haben. Vier große Löfe, darunter derjenige des Bürgermeisters Heiß wurden ein Haus der Flammen. Vom Hause des Bürgermeisters an bis zum Gasthaus „zum Hirschen“ wurden alle Gebäulichkeiten vom Feuer zerstört. Schauerlich war das Sturmläuten mit anzuhören, wie die Wöden die Gefahr den nächsten Nachbarorten ankündigten. Leider fehlte in hiesigen Orte ein Telefon, um von den Nachbargemeinden rechtzeitig Hilfe zu rufen. Auf dem Grundplatze erschienen die Feuerwehren von Söllingen, Engen, Gansbach, Weimweiler, Waldheim und auch aus dem benachbarten Uffach. Neben gemeinsamen Zusammenwirken ist es gelungen, die weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Wie das Feuer entstanden ist, darüber weiß man noch nichts Bestimmtes, doch vermutet man, daß Brandstiftung vorliegt. Bis gegen Mittag brannten die Arbeiter der Gebäulichkeiten, denen Wasser dann in sich zusammenfielen.

W. Hehl, 9. Februar. In einem Bade zwischen Reumühl und Korf, fand der Stragenwärt Diebold von dort die in Tuch eingewickelte Leiche eines etwa 1/2 Jahre alten Mädchens. Den einzigen Bemühungen der Gendarmerie in Hehl ist es gelungen, die Mörderin noch in der gleichen Nacht zu ermitteln und zu verhaften. Die unnatürliche Mutter ist die 22 Jahre alte Fabrikarbeiterin Veronika Capita aus Grai (Ruffisch-Polen), die zuletzt in einer Pumpenfabrikanstalt in Korf beschäftigt war. Seit der Geburt des Kindes hatte sie dasselbe bei einer Familie in Wilmweiler untergebracht, aber sie konnte das Kostgeld nicht immer aufbringen und so entschloß sie sich, das lästige Kind wegzufahren und ins Wasser zu werfen. Sie hat die Tat sofort eingestanden. Der Geliebte der Mörderin und Vater des getöteten Kindes absolviert zur Zeit in England seiner Militärpflicht.

Nachtrag zum lokalen Teil.

\* Ein Ehe drama ereignete sich vergangene Nacht in B. 6. 2. Heute morgen wurde der 51 Jahre alte Agent M. Raienthal mit seiner 43 Jahre alten Ehefrau im Bett entseelt aufgefunden. Das Ehepaar hatte sich mit Zylol und Gas vergiftet. Das Motiv der Tat ist noch nicht völlig aufgeklärt. Man nimmt an, daß zurückgelommene wirtschaftliche Verhältnisse die Ursache sind.

Gerichtszeitung.

1 Mannheim, 9. Febr. Strafkammer II. Vorz.: Landgerichtsdirktor Dr. Obkircher. Vertreter der Großh. Staatsbehörde: Messer Sorg.

Auf einem Banplatz in der Redarvorstadt erbrach der Tagelöhner Heinrich Weid aus Reisch die Banhütte und stahl daraus Werkzeuge, das er um ein billiges Geld weiterverkauft. Der Vorbestrafte erhielt 5 Monate Gefängnis. Auf die Frage, wie er dazu kam, sagte er, er sei außer Arbeit gewesen. Es ist aber festgestellt, daß er seine Arbeit aufgab, um bei den Hochbauarbeiten der Stadt beschäftigt zu werden, da er annahm, daß binnen kurzem doch Frost eintraten und er dann seine derzeitige Arbeitsstelle einbüßen werde.

Der Hämmerbühler Josef Wigan betätigte sich, obwohl es ihm vom Bezirksamt ausdrücklich untersagt ist, als Vertreter der Firma S. Franke in Homburg, welche sich mit Darlehensvermittlung befaßt. Er erhielt deshalb schöffengerichtlich eine Geldstrafe von 20 Mark, gegen welche er Berufung einlegte, die er damit begründet, daß die Firma S. Franke ihm geschrieben habe, das Bezirksamt könne ihm nicht verbieten, für sie zu ar-

Letzte Nachrichten und Telegramme.

\* Innsbruck, 10. Febr. Das bekannte große Heilbad B. 10 im Suganertal ist gänzlich abgebrannt. Die Kirche wurde gerettet. Der Schaden beträgt 1/2 Million.

Außerordentlicher Parteitag der badischen Sozialdemokratie. 10. Karlsruhe, 10. Febr. Da von einem Teil der Kreisorganisation die Beschlüsse der letzten sozialdemokratischen Landeskonferenz in Offenburg beanstandet wurden, hat nunmehr der Landesvorstand einen außerordentlichen Parteitag der sozialdemokratischen Partei auf den 6. März nach Offenburg einberufen. Versaten soll u. a. werden: Abhalten des nächsten badischen Parteitags; das neue deutsche Parteistatut und seine Handhabung; Delegiertensteuer; Parteifonds; internationaler Kongreß in Kopenhagen und Konferenz der Gemeindevertreter.

Eine aufgewärmte Ente.

m. 11. Febr. Die „Allg. Ztg.“ meldet aus Berlin unter dem Titel: „Eine aufgewärmte Ente“. Bei den letzten Verhandlungen der badischen I. Kammer hat der frühere Gesandte von Oesterreich die Behauptung aufgestellt, der Souverän eines Nachbarstaates habe vor einigen Jahren einen Vertrag mit England geschlossen, nach dem die Niederlande ihre Verteidigungsmittel gegen England nicht in Stand setzen würden. Der Minister des Auswärtigen erklärte kategorisch unter Berufung auf seine ministerielle Verantwortung, die Königin habe niemals einen solchen Vertrag geschlossen, noch ein Telegramm, noch irgend ein anderes Schriftstück betreffend die Verteidigungsmittel gegen England erhalten. Sie habe niemals eine Unterredung mit dem Deutschen Kaiser über dieses Thema gehabt und niemals sei jemand im Auftrag des Deutschen Kaisers an die Königin herangetreten, um hierüber zu sprechen. Der Minister schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck hoher Sympathie für den deutschen Kaiser, dessen antirömische Tendenz ihm so oft und so deutlich ersichtbar sei. Der Deutsche Gesandte in Wien erklärte, daß die Deputierten von Oesterreich, warum man denn, wenn im Jahre 1904 die Gefahr einer fremden Einmischung nicht bestanden habe, heimliche Maßnahmen ergreifen habe gegen einen völkischen Anwalt. Die Regierung hätte besser getan, davon abzuheben, ihre unangelegentlich Sympathie für Deutschland auszudrücken, da zwei Mächte hier in Betracht kommen. — Darauf wurde die Debatte geschlossen.

Eine Novelle zum Urheberrechtsgesetz.

\* Berlin, 10. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst ist dem Bundesrat zugegangen und wird, wie es der Staatssekretär des Reichsjustizamts bei der Beratung des Justizrats in Aussicht gestellt hat, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Der Entwurf bringt die Änderungen und Ergänzungen inneren Rechts, die erforderlich sind, um die neue internationale Uebereinkunft, die auf der Berliner Konferenz im Herbst 1908 von den Delegierten der Vertragsstaaten unterzeichnet und im vorigen Jahre von dem Bundesrat und Reichstage genehmigt worden ist, in Kraft treten zu lassen. Von den Materien, die dabei in Betracht kommen, ist namentlich die Neuregelung des Schutzes der Werke der Tonkunst gegen Wiedergabe durch mechanische Instrumente für die Interessentenkreise von Bedeutung. Im Zusammenhange damit steht die Einführung eines urheberrechtlichen Schutzes der Vorrichtungen (Walzen, Platten usw.) für mechanische Musik- und ähnliche Instrumente gegen unbefugte Nachbildung. Eine Verlängerung der dreißigjährigen Frist für den Schutz des Urheberrechts wird in dem Entwurfe nicht vorgeschlagen. Die revidierte Berner Uebereinkunft bringt zwar auch in dieser Beziehung eine Änderung des bisherigen internationalen Rechts, indem sie die Dauer des Schutzes grundsätzlich auf fünfzig Jahre festsetzt. Sie läßt aber den einzelnen Vertragsstaaten die Möglichkeit, hierin von dem Unionsrecht abzuweichen. Soweit dies geschieht, wird freilich das Ziel der Einheitlichkeit des in der Union anzuwendenden Rechts in einem wichtigen Punkte nicht erreicht, und es läßt sich nicht verkennen, daß dies vom internationalen Standpunkte aus unerwünscht ist. In Deutschland hat sich jedoch mit Rücksicht auf die sozialen Wirkungen einer Verlängerung der Schutzfrist unmittelbar interessierten Kreisen der Urheber und Verleger ist der Gedanke einer entsprechenden Änderung

des Urheberrechtsgesetzes zum Teil auf lebhaften Widerspruch gestoßen. In Reichstage haben sich schon bei den Verhandlungen über die revidierte Uebereinkunft im Jahre 1909 die meisten Redner in demselben Sinne ausgesprochen. Die Reichsverwaltung hat es unter diesen Umständen für angezeigt erachtet, noch vor der abschließenden Feststellung des jetzigen Entwurfs eine besondere Beschlußfassung des Bundesrats über die Frage herbeizuführen. Auf dieser Beschlußfassung beruht es, daß der Entwurf davon absteht, eine Änderung der geltenden Schutzfrist vorzuschlagen.

Ausland im englischen Kohlenbergbau.

\* Cardiff, 10. Febr. Die Verhandlungen des Einigungs-ausschusses für den Kohlenbergbau von Süd Wales sind auf 14 Tage vertagt worden. Die Lage ist ernst. Ein Teil der hiesigen Schiffe ist von Ausländern gechartert worden, ein anderer hat die Frucht nach den östlichen oder sonstigen entfernteren Häfen übernommen.

Die Zurückweisung des Ministerpräsidenten durch die öffentliche Meinung.

Berlin, 11. Februar.

Das Interesse der gestrigen Abendblätter und auch der Morgenausgaben der Berliner Zeitungen wird ganz durch die Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus über die Wahlreform in Anspruch genommen. Es ist dabei ganz selbstverständlich, daß die Rede des Ministerpräsidenten v. Bethmann-Hollweg in den Vordergrund tritt. Aber er findet nach seinen gestrigen oratorischen Leistungen eine noch schlechtere Presse, als er sie nach Veröffentlichung der Wahlreform gefunden hat. Augenscheinlich sagen ihm gestern nur die „Tägl. Rundschau“ u. die agrarische „Deutsche Tages-Ztg.“. Dieses Blatt, das eine strenge Hausordnung gegen die parlamentarischen Sitten der Sozialdemokratie verlangt, schreibt über die ängstlichen Eindrücke der Bethmann-Hollwegschen Rede: Herr v. Bethmann-Hollweg heute zu hören, war ein hoher Genuss. Eine so fein polierte Rede, eine Rede, die detart in psychologischen und gesellschaftsphilosophischen Tiefen zu graben unternahm, hat man selten in einem deutschen Parlament gehört. Eine augenblickliche Kritik ist kaum in Stande, eine so inhalt- und gedankenreiche Rede irgendwie erschöpfend zu behandeln. Niemals hat ein Staatsmann einen besseren Beweis dafür geliefert, daß er kein Mann politischer Phrasen und Schlagworte ist. Das agrarische Organ meint aber trotz allem Lob, daß der Rede Bethmann-Hollwegs in entscheidenden Punkten die zwingende praktische politische Durchschlagkraft fehle. Als „entscheidenden Punkt“ hebt das Blatt die Frage an, ob überhaupt eine Wahlreform nötig war.

Einen ganz anderen Eindruck von der ängstlichen Wirkung der Rede Bethmann-Hollwegs hat die „Voss. Ztg.“ gehabt, die hierüber schreibt: Der Ministerpräsident sprach so eindringlich, seine Ausführungen waren so professionell... Was er ausführte, waren nur Allgemeinplätze, die man ein gelindes Stutzen nicht zürückhalten konnte. In der Tat, anders als sonst in den öffentlichen Reden, hat sich in diesem Kopf die Welt. Vielleicht hat einst der romantische General v. Radomsky ähnliche Staatsreden gehalten. Vielleicht muß man bis Angillon zurückgehen, um ein Minister zu finden, das man sich heute nicht mehr vorstellen kann. Die alten deutschen Hegelianer erklären, der in den preussischen Einrichtungen den Sach erläutern: „Alles was ist, ist vernünftig“. Zum Schluß schreibt das Blatt: Es bleibt bei der öffentlichen Abstimmung, schon damit nicht etwa selbst der Bundesrat demokratisiert wird. Wenn auch Preußen in seiner „Eigenart“ hinter den deutschen Bundesstaaten zurücksteht und hinter den meisten Kulturstaaten und jetzt selbst gegen Venedig, das die geheime Wahl eingeführt hat, es marschiert doch an die Spitze der Zivilisation. Deutschland voran, in der Welt voran, Hurra! Das ist das ungefähre Bild dieser Rede, die manchmal einer Predigt, dann einer Wanderrede und am Schluß einem Triumphzug gleich.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt sein Urteil über die Rede des Ministerpräsidenten in folgenden Ausführungen: Die große Rede des preussischen Ministerpräsidenten war seit Wochen angekündigt worden. Man hatte diesmal wenigstens eine rhetorische, interessante Leistung erwartet. Es war aber nur eine zusammengestoppelte Ansprache, die jeder Disposition, ebenso wie jeder eindringlichen Behandlung der in Betracht kommenden Fragen entbehrte. In einigen Wendungen sprach der preussische Ministerpräsident von dem freien und vorurteillosen Geist, mit dem sich Preußen erfüllen müsse. Von solchem Geist war leider in seiner Rede keine Spur zu finden. Aber dieser Geist lebt in der Tat und wird über Herrn v. Bethmann-Hollweg und über seine Wahlparole schließlich triumphieren.

Ein sehr bedingtes Lob spendet die „Germania“, das Organ desentrums, welches scheinbar glaubt, auch hier eine zwiespältige Haltung zur Schau tragen zu müssen. Das Blatt schreibt unter anderem: Der neue Reichskanzler und Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg ist ungleichbar ein sehr getoaster Redner in der Art und Weise, eine große Vorlage mit einer von großen Gesichtspunkten getragenen Rede einzuleiten, hat er sich seinen Vorgänger, den Fürsten Bülow zum Muster genommen, wenn ihm auch das Geschick des letzteren zu geistreichen Wandereien aus Mitteln nicht zu eigen ist. In Großen und Ganzen kann man von dieser Rede sagen, daß sie äußerlich nicht ungeschickt war, aber daß sie viel redete und wenig sagte.

Von den Morgenblättern ist es zunächst die freikonservative „Post“, die mit Anerkennung von der Person Bethmann-Hollwegs redet und zwar folgendermaßen: Der Eindruck seiner gedankenreichen Rede wurde noch verstärkt durch die Ueberzeugung, mit der der Ministerpräsident mit seiner ganzen Person, seinem ganzen Wollen und Können aus ehrlicher Ueberzeugung hinter seinen Ausführungen steht. Die Richtlinien, welche die Rede der Politik der Staatsregierung vorseichnete, gingen offensichtlich der Rechten etwas zu weit nach links, der Linken nicht weit genug. Man hört die Behauptung, daß der Ministerpräsident Gefahr laufe, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, in Wirklichkeit wird man sich sagen müssen, daß die Rede von dem richtigen Gedanken getragen ist, daß eine Regierung, die über den Parteien stehen will und auch eine mittlere Linie zwischen den Konservativen und Liberalen einzuhalten hat. Daß der Ministerpräsident vor den Schwierigkeiten dieser Aufgabe nicht zurückschreckt, ist ein gutes Zeichen. Daß er eine Lösung mit dem ernstesten Willen erstrebt unterliegt keinem Zweifel.

Dagegen enthält sich das Organ der Konservativen, die „Kreuz-Zeitung“ auch heute Morgen noch jeder Stellungnahme.

Es ist nur die „Tägliche Rundschau“, welche für die Bethmann-Hollwegsche Rede Lobeshymnen hat. Sie spricht von einer „sehr angelegten und trefflichen Rede“.

Dagegen rüdt die „Deutsche Tages-Ztg.“ heute morgen ganz entschieden von Bethmann-Hollweg ab, für den sie sich noch gestern abend in einem langen Aufsatz begeistert hat. Sie schreibt: Je stärker man die groß angelegte Einführungsrede des Ministerpräsidenten analysiert, um so deutlicher springt der Widerspruch in die Augen, der zwischen den positiven Ausführungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg und zwischen seinem Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung steht. Den Kanzler weist jeden Einfluß der sozialdemokratischen Agitation, jede Sucht der Regierung nach Popularität weit von sich — und kommt doch... dem Reformverlangen nach... Aus den tumultuarischen Szenen, welche die Sozialdemokraten herbeizurufen, schlägt das Bündler-Organ in folgenden Punkten Kapital: Vor allen Zweifeln und Sorgen steht aber dabei eine: als ein Zuschauer gestern die sozialdemokratischen räuberischen Szenen eine Dummheit nannte, meinte ein hinter ihm stehender Sozialdemokrat: Wenn wir halt 5 Mann so dort sitzen haben, dann ist es keine Dummheit mehr. Der Genosse hat ohne Zweifel recht. Er vergah nur, die für alle wirklich staatsverfallende Faktoren nötige Anwendung, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß niemals 50 Genossen den preussischen Landtag zieren.

Auch die antimilitärische „Staatsbürgerzeitung“ greift auf die gestrigen Tumultszenen zurück und meint, daß durch sie für Bethmann-Hollweg eine stehende Mauer geschaffen worden ist, über die die Begründung seiner Wahlrechtsvorlage ragen konnte. Im übrigen urteilt das Blatt nicht gerade besonders lobend über die Rede des Ministerpräsidenten. Es meint, daß ein hervorragender der gestrige Tag nicht gewesen sei. Vor allem aber ist die „Staatsbürgerzeitung“ auf das schlecht zu sprechen, was Herr von Bethmann-Hollweg über das Parlament gesagt hat. Sie hält diese Sätze insofern für bedauerlich, als sie von der Parteipresse der Linken agitatorisch ausgeschlachtet werden, als eine Mißachtung der parlamentarischen Tätigkeit gedeutet werden können. So sehr die Konzeptionen, die in der geheimen Wahl gemacht wurden, erfreulich waren, so schlecht war die Kritik des parlamentarischen Lebens und dessen politischen Bildungsmonas am Platze, zu einer Zeit, wo so wie so schon die aufgepeitschten Volksmassen für den Machteinfluß dankten.

Eine Enttäuschung nennt die „Nationalzeitung“, die Rede Bethmann-Hollwegs, indem sie u. a. folgendes sagt: Besonders bei den Rationalisten hat der Ministerpräsident sehr enttäuscht, so viel man ihm auch zugeben mag. In seinem Bekenntnis zum konservativen Dogma vom Staate ist Herr von Bethmann-Hollweg weiter gegangen, als es sich mit seinen vorgetragenen Lehren von der Unparteilichkeit der Regierung vertrug. Und wenn er seine Ausführungen auch in ein staatsphilosophisches Gewand gekleidet hat, so tritt die innere Natur doch stärker hervor, als es ihm selbst zum Bewußtsein gekommen sein mag.

In ähnlicher Weise wiederholt auch die „Voss. Zeitung“ ihr gestriges Urteil, indem sie schreibt: Soweit sich Zeitgenossen erinnern, werden sie keine Rede eines preussischen Ministerpräsidenten finden, die den bestehenden Zustand in ähnlichem Maße soj vorhaltlos verberichtet hätte, wie die gestrige Rede des Herrn von Bethmann-Hollweg. Was gibt es eigentlich in Preußen zu bessern? Der leitende Staatsmann hat nur rosige und goldene Farben auf seiner Palette. Er malt seine Bilder ja glänzend und sonnenhell, daß dem Zuschauer die Augen übergehen können. So ungefähr hatte auch der vorbildliche Gegner des Fortschrittes vor wie nach auf den Gegner eingeredet, daß die preussische Verwaltung über jeden Zweifel erhaben, musterhaft und unangreifbar sei. Die Selbstzufriedenheit und Selbstgefälligkeit ist nur zu oft einem Staatsmann verhängnisvoll geworden.

Das Gebahren der Sozialdemokratie findet Fortsetzung heute morgen im „Vorwärts“, der seine Ausführungen mit „P. u.“ überschreibt. Damit hat er freilich das beste Urteil über seine Leistungen selbst geschrieben: „Eine elende Sache“, so schreibt er, „ist es wahrlich, die der preussische Ministerpräsident getreten und in elender Weise hat er sich seines Liebesdienstes für die Junker erledigt. Als der Schwyz zu Ende war, konnte der Landrat a. D., der als Wortführer der Konservativen der Vorgesetzte der preussischen Regierung ist, mit Recht dem Herrn von Bethmann-Hollweg sagen, daß seine Ideale auch die der Junker seien. Einen willigeren Danolanger haben die preussischen Junker noch nicht gesehen; freilich schon viel geistloser. Denn die aufreizende Wirkung, die von dem Schandspiel ausgeht, wird noch außerordentlich verstärkt durch die hinterhältige Art, mit der sein Vereidigter heute wieder zu Werke ging. Das war derselbe Geist, der an der provisorischen Unaufrichtigkeit der Begründung des Wahlgesetzes so harte Erbitterungen weckte, nur daß das nicht philosophisches Treiben, sondern Schindluder mit aller Vernunft treiben heißt. Von der philosophischen Schule der Junker ist Herr von Bethmann-Hollweg eben nur der Pyrrhus geblieben. Die Philosophie ist laugt bei allen Tugenden. Die Arbeiterklasse verabsieht die Stagnation, die Reaktion, deren Vertreter Herr von Bethmann-Hollweg ist: sie weiß und sie hofft eine Vertiefung dieser Ueberzeugung auf neue, daß sie in Herrn von Bethmann-Hollweg den schlimmsten Feind jeder Kultur-Weiterentwicklung erblickt und sie wird nicht eher ruhen, bis das System überwunden ist, das einen Bethmann-Hollweg als Ministerpräsident möglich machte.“

Vom badischen Landtag.

C. Karlsruhe, 10. Febr. Die Kommission für Eisenbahnen und Straßen verhandelte heute über den Centrumsantrag, wonach die II. Kammer ihr Bedauern ausdrücken soll, daß die Regierung bei Erledigung von Positionen, insbesondere solcher wegen Erbauung neuer Eisenbahnen, welche die Eisenbahnverwaltung durch die laufenden Verbindungen in außerordentlichem Maße in Anspruch genommen sei und daß die Verabteilung neuer Projekte ohne Beeinträchtigung des technischen Personals unmöglich sei. Die Kommission will in einer weiteren Sitzung zur Antwort der Regierung Stellung nehmen.

11. Karlsruhe, 10. Febr. Die Budgetkommission lehnte heute die Beratungen über den Eisenbahnetat fort. Zunächst gab die Regierung Auskunft über die Deck- und Abzüge des in den Bahnbetriebsstellen beschäftigten Personals. Danach sind die Bahnbetriebsstellen verpflichtet, die vordemotivierten Vorschriften genau einzuhalten. Dem sog. dem. Antrag auf Befreiung der 1. Wagenklasse und Wiedereinführung des Kilometerhebes steht die Regierung ablehnend gegenüber. Dagegen wäre die Regierung nicht abgeneigt, eine Erhöhung des Tarifs in der unteren Wagenklasse in Erwägung zu ziehen. Der Satz von 2 Pf. in der 3. Klasse beste die Selbstkosten nicht. Einmütlich will die Regierung jedoch eine abwartende Stellung in dieser Frage einnehmen. Der Vorwurf des Vorwurdes bezüglich der Einführung der beschleunigten Personenzüge weist die Regierung zurück. Die Büge sollten pro Bahn und Tag für eine Halbtaxi 4400 M. mehr als die Sammlerzüge. Zum Schluß der heutigen Sitzung wurde über eine Petition der Stadt Pforzheim wegen eines Staatszuschusses von 75 000 M. für den dortigen Gewerkschulbauanbau verhandelt.

Die Regierung will den Antrag zur Verfügung stellen, lehnt aber einen finanziellen Zuschuß ab. Die Kommission behält die Petition in dem Sinne emittierend zu überweisen, daß die Regierung nochmals mit der Stadt Pforzheim in Verhandlung tritt.

Volkswirtschaft.

Ausstellung kaufmännischer Drucksachen und Badungen. Auf Anregung der Handelskammer Leipzig, die gleich einer Reihe anderer Kammern unter Mitwirkung des Deutschen Verbandes für kaufmännische Unterrichtsweiser zu Braunschweig und des Deutschen Verbandes zu München im Herbst vorigen Jahres eine außerordentlich interessante und von der Kaufmannschaft Leipzig stark besuchte Reihe von Vorträgen zur Geschmacksbildung des deutschen Kaufmanns veranstaltet hatte, findet in der Zeit vom 6. bis 28. März d. J. im Deutschen Buchgewerbehaus zu Leipzig eine Muster-Ausstellung kaufmännischer Drucksachen und Badungen statt. Veranstalter der Ausstellung sind das Deutsche Museum für Kunst in Handel und Gewerbe zu Dopen i. B. und der Deutsche Buchgewerbe-Verein zu Leipzig. Für die Zeit der Ausstellung ist die Rücksicht auf die am 7. März beginnende Oster-Periode maßgebend gewesen. Wenn sich begrifflicher Weise im Innern der Stadt geeignete Räume für die Ausstellung während der Zeit der Messe nicht finden ließen, so ist doch zu hoffen und jedenfalls dringend zu wünschen, daß die Herren Messebesucher die Ausstellung in Augenschein nehmen. Sie werden zweifellos dieselbe Anregung und Belehrung für eine künstlerische Ausstattung ihrer Drucksachen und Badungen erhalten. Briefköpfe, Briefumschläge, Postkarten, Paketadressen, Zeitungsanzeigen, Prospekte, Firmenkarten, Etiketten, Badungen usw. werden ihnen in musterhaft künstlerischer Ausführung unter Gegenüberstellung von Beispielen und Gegenbeispielen vorgeführt werden. Der Eintritt in die Ausstellung ist frei.

Effekten.

Table with columns: Kurs vom 9., 10., Kurs vom 9., 10. and various stock market entries like 'New York', 'London', 'Paris'.

Produkte.

Table with columns: Kurs vom 9., 10., Kurs vom 9., 10. and commodity prices like 'Weizen', 'Mais', 'Kaffeebohnen'.

Table with columns: Kurs vom 9., 10., Kurs vom 9., 10. and various market entries like 'Baumwolle', 'Kautschuk', 'Zinn'.

Table with columns: Kurs vom 9., 10., Kurs vom 9., 10. and entries like 'Liverpool', 'Weizen', 'Mais'.

Table with columns: Kurs vom 9., 10., Kurs vom 9., 10. and entries like 'Weizen', 'Mais', 'Kaffeebohnen'.

Eisen und Metalle.

Table with columns: Kurs vom 9., 10., Kurs vom 9., 10. and entries like 'Kupfer', 'Zinn', 'Eisen'.

Wiesmarkt in Mannheim vom 10. Februar. (Mittlicher Bericht der Direktion). Es wurde bezahlt für 50 Ko. Schlachtwicht: 375 Kälber: a) keine Kälber (Bollm-Kälber) und beste Saugkälber 95-00 Mark, b) mittlere Kälber u. gute Saugkälber 90-00 Mark, c) geringe Saugkälber 80-00 Mark, d) ältere gering gemästete (Kreiser) 00-00 Mark, 28 Schafe a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 70-00 Mark, b) ältere Mastlamm 65-00 Mark, c) mäßig gemästete Hammel und Schafe (Kreiser) 60-00 Mark, 1074 Schweine: a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 74-00 Mark, b) fleischig 73-00 Mark, c) gering entwicelte 72-00 Mark, d) Saunen und über 24-28 Mark. Es wurden bezahlt für das Stück: 600 Kugelpferde: 0000-0000 M., 86 Arbeitspferde: 200-1200 M., 182 Pferde zum Schlachten: 40-250 M., 00 Zucht- und Rindvieh: 000-000 M., 00 Stück Rindvieh: 00-00 M., 19 Milchfühe: 200-450 M., 370 Ferkel: 12.00-18.00 M., 16 Stiegen: 12-25 M., 0 Hühner: 0-0 M., 0 Lämmer: 00-00 M. Zusammen 1890 Schd.

Wiesmarkt wurden von Holland 161 Stück geschlachtete Schweine eingeführt. Handel mit Rinder, Mächtige und Ferkel mittelmächtig, mit Schweine langsam.

Wasserstandsberichte im Monat Februar.

Table with columns: Vegetationen, Datum, vom Rhein: 6., 7., 8., 9., 10., 11. and various water level entries.

Mittlungsbeobachtung der meteorologischen Station Mannheim.

Table with columns: Datum, Zeit, Barometrischer Stand, Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windrichtung und Stärke, Windgeschwindigkeit, Niederschlag, Bemerkungen.

Verantwortlich: Für Inhalt: Dr. Erik Goldenbaum; für Druck und Vertrieb: Julius Bittor; für Solales, Provinzial- und Gerichtsamt: Richard Schönleber; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Richter; für den Interententel und Geschäftsstellen: Erik Bode; Druck und Verlag der Dr. Saas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H., Direktor: Erik Müller.

„Feuerio“ Grosse Karneval-Gesellschaft Mannheim. für Pfälzer Humor gegen karneval. Blook. Mit der Umschreibung unseres Motto 1910: „Geld allein macht nit glücklich — ma(n) muss aa hergewe kenne davon“, gestatten wir uns Allen für gefällige Unterstützung zur Veranstaltung unseres in ununterbrochener Folge 12. Feuerio-karnevalzuges beizubringen Dank zu sagen u. mit Beiträgen stämmige titl. Ehrenmitglieder um bald. Einsendung solcher höfl. zu bitten.

Mannheim-Habereck „Allen wohl — niemand weh!“ 9. Februar 1910. Der Eiferat. Habe mit dem heutigen unter Nr. 4736 Telefon-Anschluss. Carl Leonhard, Tücher- u. Malergeschäft, F 7, 21.

Trauerbriefe bei schnellster Zustellung, sehr billig. Dr. B. Saas, Buchdruckerei G. m. b. H.

Militär-Verein Mannheim. E. V. Todes-Anzeige. Joseph Hauschild ist am 10. Februar, 6 Uhr früh, gestorben. Die Beerdigung findet am Samstag, den 12. Februar, nachmittags 1/4 Uhr, statt. Der Vorstand.

Liederhalle Heute Abend präzis 9 Uhr im Lokal „Eichbaum“ Gesamtprobe, anschließend 2. u. mit Sch. Wir bitten um höfliches Erscheinen. Der Vorstand.

Verein Mädchenhort. Einladung zur 10. Generalversammlung am Mittwoch, d. 23. Februar, abends 6 Uhr in der Aula der Friedrichs-Schule U. 2. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Jahresrechnung, 3. Beitragswahl. Die Herkände.

Verkauf. Heutzutage höchstverbl. Geschäftsbereich vorz. ab. gen. sicheres Objekt u. Queransicht (Hilf. Lang. W. zu verkaufen. Offert. mit 15127 an die Exped. d. Bl. Die Silbermänner zu verkaufen. Offert. mit 20741 an die Exped. d. Bl.

Mannheimer Singverein Heute Freitag, 12. ds. Mo. Probe aus besonderem Anlass. Wir bitten um vollständigste Erscheinung. Der Vorstand.

Laufstuhl Schützen Wammungel Oekonom billig zu verkaufen. F 3, 1, III. Stock.

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten hierdurch die schmerzliche Mitteilung, dass unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegersohn Joseph Hauschild Donnerstag früh 6 Uhr nach längerem schwerem Leiden in ein besseres Jenseits abgerufen wurde. MANNHEIM (S 2, 7), den 10. Februar 1910. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Samstag, den 12. Februar a. c., nachmittags 1/4 Uhr von der Leichenhalle aus statt. 5021

Café Carl Theodor 06, 2 Täglich Künstler-Konzerte des berühmten erstklass. Wiener Salon-Orchesters Direktor: Wendelo Krullsch. Heute Freitag, 11. Februar 1910 Großer Eilte- u. Opern-Abend Programm: 1. Jubel-Ouverture von C. M. von Weber, 2. Mignon-Opern-Fantasia von Thomas, 3. Peer-Gynt-Suite von Grieg, 4. Sextett a. 4. Oper „Die verkaufte Braut“ von Smetana, 5. Tall-Ouverture (Glanznummer) von Rossini, 6. Tosca-Opern-Fantasia (Original-Ausgabe) von Puccini, 7. Ar a. d. G-Salle (Violin-Solo mit Orchesterbegleitung, vorgef. von Kapellmeister Krullsch) von Bech, 8. Wotan Abschied und Feuertanz aus „Walküre“ von Wagner, 9. Rhapsodie Hongroise II von Liszt, 10. „Lohengrin“, gr. Opern-Fantasia (Original-Ausgabe) von R. Wagner, 11. a) Ballgänger, Valz Intermezzo von Meyer-Helmert, b) Blumengeldner, Charakterstück von Max, 12. Bajazzo-Opern-Fantasia von Leoncavallo.

Mannheimer Singverein. (E. V.) Todes-Anzeige. Hierdurch bringen wir unseren verehr. Mitgliedern zur Kenntnis, dass unser langjähriger, treuer Mitglied Herr Joseph Hauschild nach längerem Leiden am Samstag, den 12. Februar, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle aus statt. Um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen, bitten wir um zahlreiches Erscheinen. MANNHEIM, den 11. Februar 1910. Der Vorstand.





# Stenographischer Reichstagsbericht

## des Mannheimer Generalanzeigers

### Deutscher Reichstag.

32. Sitzung. Donnerstag, den 10. Februar.

Von Bundespräsident: Kriegsminister v. Heeringen.  
Vizepräsident Dr. Spahn eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Eingegangen ist das Stellenvermittlungsgesetz.  
Der Militärretat.

Die zweite Lesung des Militärretats wird fortgesetzt beim Kapitel: Höhere Truppenbefehlshaber.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fr. Sp.):

Es wäre interessant, zu erfahren, wieviel auf einen kommandierenden General beim Wohnungsgeld auf das Feuerungsmaterial entfällt. Die Behauptung, daß die kommandierenden Generale die einzigen seien, die nicht aufgebessert wurden, müßte eigentlich an. Infolge der Debatte der letzten Wochen habe ich eine Reihe von Zusendungen über ungläubliche Zustände in einzelnen Regimenten erhalten, die Namen der Einsender darf ich natürlich nicht nennen. Trotz der gegenteiligen Behauptungen des Kriegsministers läßt sich auch unzweifelhaft nachweisen, daß eine Bevorzugung des Adels in den höheren Stellen stattfindet. Bei den Leuten ist das Verhältnis zwischen Bürgerlichen und Adligen 3:1, bei den Oberleutenants dreist es sich bereits zum Gegenteil um. Herr v. Einem war mit dieser Entwidlung der Dinge nicht einverstanden und hat Abhilfe erloscht. Der jetzige Kriegsminister aber sucht diese Verhältnisse lediglich zu bejahen und zu entschuldigen. Mir ist mitgeteilt worden, daß ein Hauptmann, der vor drei Jahren wegen Mißhandlung irasweise nach Wecklan versetzt wurde, jetzt unter Vordatierung seines Patents um etwa 4 Jahre zum Major und Adjutanten des General-Inspektors befördert wurde. Ich bitte den Minister um Aufklärung über diesen Fall. Wenn er sich befähigt, so müßte man darin eine direkte Verhöhnung des Parlaments und aller uns gebenden Zusagen und eine beispiellose Vergeltung des gesamten Volkswillens erblicken. (Beifall links, Unruhe rechts.)

Abg. Jübel (Soz.)

führt Beschwerde über Befähigung benachteiligter Grundbesitzer beim Schießplatz Speerenberg.

Kriegsminister v. Heeringen:

Ich muß doch das bestreiten, daß aktive Offiziere sich scheuen, heranzutreten. Haben Sie berechnete Klagen. So können Sie sicher sein, daß sie sachgemäß geprüft werden. Entgegen dem Abg. Müller-Reinigen bleibe ich überzeugt, daß gerade die kommandierenden Generale die verhältnismäßig schlechtest besoldeten Offiziere sind. Auf die hohe Gehaltssumme kommt es nicht an, denn gerade an die kommandierenden Generale sind die Ansprüche sehr hoch. Auf die Statistik des Herrn Abgeordneten über den Adel in der Armee gehe ich nicht näher ein. Im praktischen Leben fühlt die Armee jedenfalls keinen Unterschied zwischen Adligen und Nichtadligen. In dieser Beziehung besteht auch kein Gegensatz zwischen meinem Amtsvorgänger und mir. Ich kann nur bekämpfen, daß ich genau so wie mein Amtsvorgänger es nicht billigen kann, wenn ich sogenannte adlige Regimenter formieren. Geht es nicht doch, so jedenfalls nur aus Traditionsgründen. In der Sache sind Herr v. Einem und ich ganz einig. Was den Fall des Hauptmanns v. Grolmann anlangt, so ist derselbe ja seinerzeit wegen der Mißhandlungen strafverurteilt worden. Nachdem er sich aber eine Reihe von Jahren trefflich geführt hat in seiner Dienststellung, soll man ihn dann noch weiter bestrafen? (Sehr richtig rechts.) Mein Amtsvorgänger hat das verneint, und ich tue das auch. Die Verhältnisse in Speerenberg, die Herr Jübel erwähnt, sind mir nicht bekannt. Ich werde aber Untersuchungen anstellen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fr. Sp.):

Was würde der Herr Kriegsminister mit den Offizieren tun, die sich bei uns beschweren, wenn ich ihnen die Namen nennen würde? Sie waren die längste Zeit in der aktiven Armee gewesen. Sie haben keinen Begriff. Herr Kriegsminister, wie außerordentlich in den bürgerlichen Offizierskreisen diese Zurücksetzung empfunden wird. Sie würden dann über den Ton, in dem die Herren sich an uns wenden können mit demütigen allgemeinen Redewendungen nicht abgemacht werden. Aber es scheint, daß man bei der allerhöchsten Stelle einfach auf Grantz beißt. Auf den Fall des Hauptmanns v. Grolmann ist eine Antwort vorher nicht erfolgt. (Unruhe rechts.) Ist es wahr, daß er ein Verbannter des kommandierenden Generals ist? (Unruhe rechts.) Wir wünschen, daß auch andere Leute, die etwas gegiert haben, eben so willig behandelt werden.

Abg. Hans Coler zu Putlitz (Konf.):

Die Gehälter der kommandierenden Generale sind eher zu gering als zu reichlich. Kein Offizier kann Brigadeführer oder kommandierender General werden, wenn er nicht Verbannter ist. Die Herren haben hohe gesellschaftliche Verpflichtungen, weil sie Verbannte pflegen müssen. Suchen Sie mit der Laterne eine Justifikation, wo so wenig Reputation in uns vorhanden ist, wie in der Armee. (Sehr richtig.) Auch in der preussischen Verwaltung ist es nicht zu finden. Dort sitzen mehr liberale als konservative Beamte. (Lachen links.)

Abg. Erzberger (Zentr.):

Die Generale erweisen sich besonderer Vorteile. Sie beziehen eine hohe Pension und sollen nur auch in Preußen ein erhöhtes Wahlrecht erhalten. (Sehr richtig.) Eine Neuordnung der Nationalgarde ist durchaus erforderlich. Nicht sonderbar ist die auffällige Bevorzugung des Hauptmanns von Grolmann, der 4 1/2 Spalten in der Rangliste übersprungen hat, und dessen Patent außerdem noch vordatiert wurde. (Dort, hört!) Gegenüber solchen Vorkommnissen kann man kaum glauben, daß es der Verwaltung ernst mit der Befähigung der Soldatenmishandlungen ist. (Beifall.)

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen:

Ich beurteile es nicht, wenn aktive Offiziere sich an einen Abgeordneten wenden. Ich lehne es aber in Namen der Armee ab, daß sie das mit der gleichzeitigen Bitte tun: Um Gottes willen nennen Sie meinen Namen nicht! Das ist eine merkwürdige Auffassung. Wer Tatsachen weiter verbreitet, der hat auch die Pflicht, dafür einzutreten. Ich glaube nicht, daß die Generale Herrn Grolmann das Recht geben werden, ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen vorzuschreiben. Da kommen doch ganz andere Gesichtspunkte in Frage. Der Luxus übersteigt selbst in Offizierskreisen, die gesellschaftlichen Verbannte haben müssen, nicht das notwendige Maß. Abmagerungen in Offizierskreisen über die Bevorzugung gegenüber bürgerlichen Kameraden wird viel zu viel Bedeutung beigemessen. Es wäre gegen die Kameradschaft in der Armee, die doch unter allen Umständen besteht und erhalten werden muß. Sie bringen durch diese Statistik Gegenstände in die

preussische Armee, die in ihr nicht existieren und früher nicht dagewesen sind. Dagegen protestiere ich.

Abg. Gothein (Fr. Sp.):

Es hat der Kriegsminister mit nicht höflichen Redewendungen gegen Mitglieder des Hauses vorgeht, soll er sich erst überzeugen, was ich gesagt habe. Ich habe den kommandierenden Generalen keine Direktiven für ihre gesellschaftlichen Verpflichtungen gegeben. Das können sie machen wie sie wollen, nur soll nicht verlangt werden, daß sie die Gehälter erhöhen. Wollen Sie den Gehaltssatz befestigen, so gibt es nur ein Mittel: die Abschaffung des Adels. (Sehr richtig links, Lachen rechts.) Aber die Herren werden sich schwer hüten, denn sie kennen die Vorteile. In den Patenten der Leuten soll noch jetzt von der „Wahrung der Privilegien des Adels“ die Rede sein. Wie sieht das im Einklang mit der Verfassung?

Kriegsminister v. Heeringen:

Nur eine ganz kurze Erwiderung. Erstens: Die Militärverwaltung hat überhaupt keine Erhöhung der Gehälter der kommandierenden Generalen verlangt. Die Stellung von Pferdsgeldern ist aus einem ganz anderen Gesichtspunkte verlangt worden; zweitens: wenn in den Patenten steht, sie sollen die Privilegien ihres Standes wahren — zu meiner Schande muß ich gestehen: ich weiß nicht, ob es drin steht — (Sehr richtig). Aber wenn es so ist: Was sind denn diese Privilegien? Seine Pflicht und Schuldbildung bis zum äußersten zu tun; das bedeutet nun und nimmer Heberhebung gegenüber anderen Ständen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fr. Sp.):

Die Privilegien der Offiziere werden durch die neue Wahlrechtsvorlage in Preußen noch sehr interessant erweitert. (Sehr richtig.) Der zehnjährige Leutnantsdienst wird ja dem zehnjährigen Dienst hier im Parlament gleichgestellt. (Sehr richtig.) Der Kriegsminister sagt: wir tragen Gegenstände in die Armee (Bürgerlicher Militärbefehlshaber von Gehalt: Sehr richtig). Sehr unrichtig. Sie scheinen keine Zeitungen zu lesen (Sehr richtig). (Sehr richtig.) Ich würde Sie wissen, daß nicht bloß wir hier diese Kritik an den Zuständen unserer Armee üben, sondern auch eine Reihe glänzender Namen früherer Offiziere. (Zuruf rechts: Gädle!)

Beim Kapitel „Gendarmen, Kommandanten und Plazmajore führt

Abg. Rommen (Fr. Sp.):

Beschwerde über die Kaponverdrängung in Danzig. Die Entfestigung der Stadt wäre ein gutes Stück Ostmarkenpolitik.

Oberst Wandel:

Die Frage hat den Reichstag schon wiederholt beschäftigt. Schon in den Jahren 1907 und 1908 ist von der Militärverwaltung erklärt worden, daß Danzig keineswegs als Festung aufgegeben ist, und auch als Festung eine erhebliche Bedeutung nach wie vor hat. Daher ist es richtig möglich, die Kapona zu befestigen. Wie sie zu gestalten sind, das läßt sich das Kapongesetz vor. Bezüglich der Grabenverläufe ist nichts besonderes bestimmt, nur allgemein über massive Anlagen. Wie sind gerade Danzig in weitgehendem Maße entgegengekommen. Kadastre, die die Befestigungsfähigkeit betreffen, können nicht erfolgen. Bei der Abgabe von Gelände sind wir durchaus loyal vorgegangen. Verschwenken können wir natürlich Eigentum nicht.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fr. Sp.):

Kann auf die Frage: Kriegsministerium und Militärdirektariat zurück. Bis 1889 unterstand das Militärdirektariat dem Kriegsministerium, und diese staatsrechtliche Situation muß wieder verlangt werden.

Nach der grundsätzlichen Bestimmung über das Militärkabinett hat es auch die gerichtlichen Angelegenheiten usw. zu beurteilen. Darin liegt ein verfassungswidriger Moment.

Es ist gesagt worden, daß die Offiziere den Eid nur dem allerhöchsten Kriegsherrn leisten. Das ist richtig, beweist aber nichts. Denn der allerhöchste Kriegsherr hat selbst den Eid auf die Verfassung geleistet, und deshalb kann kein Widerspruch zwischen seinem Eid und dem der Offiziere bestehen. Wenn darüber doch noch Zweifel herrschen würden, müßte das Parlament einen Antrag einbringen, daß das Heer auch auf die Verfassung einen Eid leisten muß. Die Ausführungen des Kriegsministers über die weitere Ausdehnung der Militärverwaltung führen zu der Konsequenz, daß es keinen Verfassungseid, keine Achtung vor den bürgerlichen Gesetzen für den Offizier gibt. Alles ist nur Ausfluß der obersten Kommandogewalt. Das ist eine Negation unserer ganzen Verfassung. Auf diese Art und Weise erweitert man lediglich den verhängnisvollen Konflikt zwischen Krone und Volk. Bevor bewahre uns der Himmel! (Beifall links.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Ich kann auch heute nur wiederholen, was mein Amtsvorgänger und was auch ich bereits erklärt haben: Wollen Sie, daß der Kriegsminister hier auch für die Handlungen des Chefs des Militärdirektariats verantwortlich gemacht werden soll, dann müssen Sie die Verfassung ändern.

Abg. Reibel (Konf.):

fordert eine Erhöhung des Vizepräsidenten bei der Feldartillerie. Auch Leutenants und Oberleutenants sollten berufen gemacht werden. Sie sollten ebenso gestellt werden wie die Kavalleristen. An eine Reorganisation der Feldartillerie wird gedacht werden müssen. Der Redner fordert eine Teilung der Armeekorps im Osten. Eine Bevorzugung der adligen Offiziere findet nicht statt. Zwischen bürgerlichen und adligen Offizieren herrscht die beste Kameradschaft. (Beifall rechts.)

Abg. Gothein (Fr. Sp.):

Der Redner führt Beschwerde über die Zurücksetzung der jüdischen Einjährigen im Heere. Der frühere Kriegsminister v. Einem habe seinerzeit eine Verfügung erlassen, wonach lediglich die Tüchtigkeit bei der Beförderung maßgebend sein solle. Er fügte damals seinen Worten hinzu, daß man sie ihm wohl übel nehmen werde. Das Rang wie ein Hofmeister. Vielleicht hängt die Sache mit seiner Verabschiedung zusammen. (Lachen rechts.)

Preussischer Kriegsminister v. Heeringen:

Die allgemeinen Bestimmungen über die Befähigung von Nichtbürgerlichen jüdischen Klassen sind dieselben geblieben wie früher. Auf ihre Ausführung wird streng geachtet. Herr Gothein hätte mir, wie Dr. Müller, sein Material vorlegen sollen, dann würde es gründlich untersucht werden. An einzelnen Stellen wird es durchaus nicht gerechtfertigte Voreingenommenheit gegen jüdische Einjährige vorhanden sein. Aber das ist nicht alles. Zum Offizier gehören nicht nur Können, Wissen und Charakter, wir müssen auch verlangen, daß die ganze Persönlichkeit, die vor die Front tritt, achtunggebietend ist. (Sehr richtig rechts.) Der Mann muß Autorität haben. Es liegt mir fern, irgend grundlos behaupten zu wollen, daß bei den jüdischen Mitbürgern

nicht der Fall wäre. Wir dürfen aber nicht in Abrede stellen, daß bei unseren niederen Volksschichten hier und dort eine andere Auffassung besteht. Dieser müssen wir Rechnung tragen. Darum müssen wir die ganze Frage vorichtig behandeln. Trotz aller Leistungen, die ich vollkommen anerkenne, müssen wir uns auch bei den jüdischen Einjährigen fragen, ob ihre Persönlichkeit geeignet ist, die Autorität unter allen Umständen vor der Front zu führen. Die vielen Anpassungen, die in Bezug auf die Parteilichkeit unserer niederen Vorgesetzten gemacht worden, haben schon dazu geführt, daß bei den Truppenführungsstellen über die Hochleistungen der Einjährigen angeleitet sind. Sie geben manchmal ganz andere Urteile, als die jungen Herren für sich in Anspruch nehmen. Die Wahl zum Majoroffizier liegt durchaus im freien Ermessen der Offizierskorps. Der Kaiser lehnt es ganz ab, und ich stimme ihm durchaus bei, in diese freie Bestimmung einzugreifen. Gerade die Vorkämpfer doch mit diesem geradezu demokratischen Grundzug im Heere einverstanden sein. Diese freie Wahl hat eine weitgehende Bedeutung, die Sie vielleicht nicht ganz fassen. Ich kann in voller Uebereinstimmung mit meinem Vorgänger erklären, daß wenn ein jüdischer Vizefeldwebel oder Bataillonmeister von einem Offizierskorps vorgeschlagen würde, der Kaiser ihn auch ohne weiteres befördern würde. Das ist kein Stoffwechsel (Sehr richtig). Auch die Anspielung auf den Grund des Scheiterns meines Vorgängers war verfehlt. Wenn man sechs Jahre Kriegsminister gewesen ist, hat man wohl die Berechtigung, von diesem Posten abzutreten. (Sehr richtig.)

Abg. Gothein (Fr. Sp.):

Die heutige Antwort des Kriegsministers bedauere ich lebhaft; sie ist ein wesentlicher Rückschritt gegen die seines Vorgängers. (Sehr richtig links.) Er hat es fertig gebracht, Entschuldigungsgründe und Gründe dafür vorzubringen, daß Juden nicht avancieren. Wird etwa durch die Laufe die achtunggebietende Erscheinung herbeigeführt? Damit also lassen wir uns nicht abspesen. Der Kriegsminister hat den antisemitischen Tendenzen Vorschub geleistet. (Unruhe rechts, Sehr wahr! Links.)

Kriegsminister v. Heeringen:

Ich will mich nur ganz kurz verwahren, als ob meine Worte in irgend einer Weise in antisemitischen Sinne aufgefaßt werden könnten. Das hat mir ganz gelegen. Herr Gothein wird sich aus meinem Stenogramm davon überzeugen. Zweitens: bewahre ich mich dagegen, irgend etwas anderes gesagt zu haben als mein Amtsvorgänger. (Der Kriegsminister verläßt die Stelle aus der Rede des Kriegsministers v. Einem.)

Abg. Dr. Mugdan (Fr. Sp.):

Seit 1880 ist kein einziger jüdischer Einjähriger Offizier geworden. Wollen Sie wirklich behaupten, daß in diesen 28 Jahren nicht ein einziger befähigt gewesen sein sollte, Vorgesetzter zu sein? Die Herren dort drüben, die Korpspräsidenten waren, haben in dieser Zeit eine ganze Anzahl jüdischer Korpsführer gehabt. Es ist einfach nicht wahr, daß es eine Eigenschaft der Juden sei, nicht Vorgesetzter sein zu können. Der Kaiser hat den Eid auf die Verfassung geleistet; in dem Augenblick, wo Sie die Juden anders behandeln wollen als die anderen, waden Sie dieses Wort des Kaisers um. Dann wundern Sie sich aber nicht, wenn von anderer Seite die Verfassung auch nicht geachtet wird.

Die Aussprache schließt damit.

Die Bildung eines Veterinäroffizierskorps hat die Subkommission nach sehr eingehender Beratung mit großer Mehrheit genehmigt.

Abg. Dr. Oßan (Natf.):

erklärt die Zustimmung seiner Freunde.

Abg. v. Lieber (Rp.):

Ich hätte in der Kommission anfangs Bedenken. Als aber dann im Berliner Tageblatt Herr Gädle sich auch dagegen erklärte, war ich dafür, denn mit Herrn Gädle möchte ich niemals einer Meinung sein. Siehe sich halt „Veterinar“ nicht ein deutsches Wort sehen? etwa Militärpferdeberg? Veterinar soll herkommen vom lateinischen vehere, bedeutet also nur Fußmann.

Abg. Sommer (Fr. Sp.):

Auch der größte Teil meiner Freunde ist für die neue Einrichtung. Die Korpsstabveterinäre sollte man den Generaloberärzten gleichstellen und den Regimentsveterinären den Rang der Stabschefs geben. Die Vorlage wird genehmigt.

Abg. Jübel (Soz.):

hält eine lange Rede über die Militärkapellen und ihre Konkurrenz gegen die Zivilmusik. Die Offizierskorps sollen sich ihre Kapellen selber halten und bezahlen.

Abg. Dr. Gorrde (Natf.):

Die Offizierskorps halten die Kapellen nicht zu ihrem Vergnügen; sie Offiziere setzen unter der ihnen dadurch entstehenden Ausgabenlast. Die Verfügung der Militärverwaltung wird von den Zivilmusikern im allgemeinen als ausreißend anerkannt, aber sie wird leider nicht vollständig innegehalten. Der Redner bittet auch, dafür zu sorgen, daß die Militärkapellenmacher dem Konkurrenz nicht Konkurrenz machen.

Abg. Göring (Zentr.):

stimmt zu. Wir Gendarmen haben darüber, daß ein Puschertum großgezogen wird. Den Militärkapellenmachern sollte wenigstens verboten werden, fremde Hilfe zur Erzielung von Zinsaufträgen heranzuziehen. Mit den Militärkapellen und den Regimentskapellen ist es dieselbe Geschichte.

Abg. Kopsch (Fr. Sp.) spricht in ähnlichem Sinne über die Musiker, Abg. Sommer (Fr. Sp.) über die Wäffchenmacher. Oberst Wandel teilt die Instruktionen mit. Die weitere Auseinandersetzung darüber erhebt Abg. Beshl (Natf.) Beschwerde darüber, daß das Provinzialamt Hannover einen Teil seines Bedarfs an Heu durch Zwischenhändler aus Holland beziehe und einheimische Angebote zurückgewiesen worden seien.

Abg. Dr. Gorrde (Natf.) äußert Beschwerden über die Preispolitik der Provinzialämter.

Oberst v. Salkom:

Grundsätzlich bedenken wir unseren Heubedarf zunächst im Inlande. Reich macht das Dreiviertel der Gesamtmenge aus. Im vorigen Sommer mußte das Provinzialamt in Hannover nach Holland gehen, weil es im Inlande nicht genügend Material erhielt.

Abg. Wehl (Natf.):

Angebote von Heu wurden mit der Erklärung abgelehnt, daß die Militärverwaltung ihren Bedarf voll gedeckt habe. Durch ausländisches Heu wächst auch die Seuchengefahr. Das Haus verlag die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr. Der Präsident stellt Abenitzungen in Aussicht, Schluß 3 1/2 Uhr.



Tricotagen

Ein Posten Herren-Normal Hemden

früherer Preis bis 5.— I 98 Pfg. II 195 Mk. III 295 Mk.

WARENHAUS KANDER G. m. b. H. T 1, 1 Verkaufshäuser: Neckarstadt, Marktplatz

Kinder-Manchester-, Astrachan- und Eifell-Mäntel

Wert bis 25.— jetzt 975 Mk. 595 Mk.

Freitag und Samstag

Doppelte Rabattmarken

mit Ausnahme von Marken und solchen Artikeln deren allgemeine Preisbemessung eine Gewährung von Rabatt nicht gestattet.

Schwere gefütterte Damen-Reform-Hosen 195 Mk.

Tonnen-Garnituren 595 Mk. 1steil., mit Etageren

Ein Posten Filztuch-Decken 385 Mk. 140/140 cm mit eleg. Stickerei

Ein Posten Kaffeeservice 295 Mk. 1teilig, mit schönen bunten Dekorationen

Ein Gelegenheitsposten elegante, echt französische Damen-Suede in mod. Costüm- und Strassenfarbe Paar 225 Mk.

Epilog zur Pariser Tragödie.

R.K. Paris, 5. Febr.

Nachdem ich in einem meiner letzten Artikel auf die Apachen innerhalb der französischen Armee hinwies...

Zu den unerbittlichen Soldatentugenden: Mut, Begeisterung, Tapferkeit, Unergründlichkeit, Ausdauer und Widerstandsfähigkeit...

Und wenn ich von der Opferwilligkeit der französischen Soldaten spreche...

Und die, um ihr tägliches Brot gekochte Arbeiterklasse — wie verhält sie sich in diesen schweren Schicksalslagen?

Jetzt wo das Schlimmste vorüber ist, beginnt man, sich umzusehen und nach den Ursachen des großen Unglücks zu forschen.

Nichts von alledem! Die zu beiden Seiten der Seine aufgebauten Anstalten hätten im Notfall rasch erhöht werden können...

manche unliebliche Erfahrung vorbehalten, hätte die solide Konstruktion der Abfahrtslande dem Hochwasser standgehalten.

Der Fehler jedoch, den die Compagnie d'Orleans beging (und der ihr von kompetenter Stelle bemängelt wurde)...

Bantes Feuilleton.

Schmähbriefe an einen Schauspieler. Eine Schmähbriefschreiberin, die seit Jahren dem Schauspieler Josef Giamietro...

Ein jünger Junggeheule. Keine Macht der Welt, so scheint es, ist im Stande, einen ehelichen Junggeheulen ins Ehejoch zu treiben.

eine unjüngere Partie bedeutet es für heimatliche Damen. Die Vermählung des Kindes, in dem der große Philosoph...

Gerichtszeitung.

Mannheim, 8. Febr. Strafkammer II. Vorsitz: Landgerichtsdirektor Wals; Vertreter der Groß-Staatsbehörde: Dr. Michel.

Der Gipsler Leopold Dfenloch, der am 25. September v. Js. im Hofe einer Frau Haag...

Auf der Anklagebank sitzen ein kleines, schwächliches Mädchen von 17 Jahren, der Kellner Ernst Merkel...

Der Monteur Julius Tilsner von Friedrichthal verschien im Dezember 1908 zwei Bücher, die ihm in Verwahrung gegeben waren...

Wegen des ominösen § 219 nehmen wieder einmal acht Personen auf der Anklagebank Platz, die vom letzten Schwurgericht zu einem Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt...

Büchertisch.

(Anzeigen bei der Redaktion eingelassener Bücher und Zeitschriften. Ausführliche Besprechungen nach Auswahl.)

Vaterländische Geschichte der Reußen seit von Prof. Dr. Ed. Kothert — 8. 304 Seiten Text. Preis: brosch. 3.50 M., in Leinen geb. 4 M.

